



PROTOKOLL

Gemeinde
Ostermundigen

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2020/4

→ Genehmigt am 17. Dezember 2020

Datum/Zeit	Donnerstag, 17. September 2020, 18:00 - 21:50 Uhr
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen
Vorsitz	Wipfli Hans (SVP) _____ 1
Mitglieder	Dähler Stefanie (SP) Fredrich Bettina (SP) Kuert Matthias (SP) <i>ab 18.30 Uhr</i> Nova Colette (SP) Rajaratnam Saibaven (SP) Emsale Selmani (SP) Tanner Adrian (Grüne) Thomann Thulani (SP) Zeyer Christian (SP) <i>ab 18.15 Uhr</i> Zeyer Priska (SP) _____ 10 Buchter Yannick (SVP) <i>von 19.00 - 19.30 Uhr ausgetreten</i> Friedli Hans Peter (SVP) Gränicher Adrian (SVP) Hausammann Hans Rudolf (SVP) Hirsiger Ernst (SVP) Schneiter Lara (SVP) Truog Markus (SVP) Zaugg Gerhard (SVP) _____ bis 18.45 Uhr 8 Fels Silvia (EVP) Löhner Sandra (CVP) Wagner Martina (EVP) Zürcher Myriam (EVP) _____ 4 Rüfli Roland (parteilos) Zesiger Stefan (FDP) _____ 2 Tamàs Oliver (GLP) <i>von 19.00 - 19.30 Uhr ausgetreten</i> Toggwiler Denis (GLP) <i>von 19.00 - 19.30 Uhr ausgetreten</i> Züllig von Allmen Dorothea (GLP) _____ 3 Bärtschi Mosimann Astrid (BDP) Schneiter-Giacometti Andrea (BDP) _____ 2 Total anwesend <u>30</u>
Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Blaser Erich (SVP), Gasser Melanie (GLP), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliko (SVP), Thomann Andreas (SP) und Weber Hadorn Maya (SP)
Gemeindeschreiberin	Stuedler Barbara

Protokollführer	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Bendoza Thomas (parteilos), Hangartner Judith (parteilos), Leiser Christoph (FDP), Luyet Cédric (GLP), Mahler Rudolf (SP), Rickenbach Rolf (FDP), Streule Christian (SVP), Weibel Tobias (FDP) und Zysset Walter (SVP)
Unentschuldigt	Mitglied GGR: Ravendran Shakthiraj (FDP)

TRAKTANDEN

312. Pendenzenliste "Grosser Gemeinderat", Kenntnisnahme.....	134
313. Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 24. Juni 2020; Genehmigung	135
314. Protokoll Nr. 3 der GGR-Sitzung vom 25. Juni 2020; Genehmigung	136
315. Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl.....	138
316. Planungskommission; Ersatzwahl.....	139
317. Sozialkommission; Ersatzwahl.....	140
318. Gemeindepartnerschaften; Partnergemeinden Oberwil im Simmental (CH), Löhnberg an der Lahn (D) und Trojan (Bulgarien); Auflösung der Partnerschaf- ten.....	141
319. Tagesschule Mahlzeitenlieferung; Genehmigung Verpflichtungskredit.....	142
320. Schulanlage Mösli; Genehmigung eines Projektierungskredits für die Gesamt- planung (Erweiterung mit zwei Kindergärten und einer Tagesschule).....	143

321. Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend eine kohärente Politik der frühen Kindheit für Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	147
322. Überparteiliche Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der PVS BIO; Berichterstattung und Abschreibung der Motion	151
329. Überparteiliche Interpellation betreffend Stand der Umsetzung der Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der PVS BIO; schriftliche Beantwortung	158
323. Überparteiliche Motion betreffend "Besserer Budget- und Finanzprozess"; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	159
324. Überparteiliche Motion: In zukünftigen Finanzplänen ist die Spezialfinanzierung „Mehrwertabschöpfung“ transparent darzustellen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	161
325. Überparteiliche Motion betreffend Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG); Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	162
326. Überparteiliche Motion betreffend „Finanzen der Gemeinde Ostermundigen: Analyse, Strategie und Prozesse“; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	164
327. Überparteiliche Motion betreffend Klimaschutz als Querschnittsthema; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	165
328. Überparteiliche Motion betreffend Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen; Erheblicherklärung/Ablehnung/Umwandlung in Postulat.....	169
330. Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften: Armutsbekämpfung in Ostermundigen nach der Corona-Krise; schriftliche Beantwortung.....	173

331. Orientierungen des Gemeinderates	174
a) Corona-Pandemie; Berichterstattung Situation Ostermundigen	174
b) Kooperation Bern (Fusion); Berichterstattung	175
c) Mobilitätsangebot "myboxi"; Berichterstattung	176
d) Petition „Zukunft für das Reisezentrum Ostermundigen“; Beantwortung vom 14. Juli 2020	177
e) Überparteiliche Interpellation betreffend Führungsmängel in der Gemeinde Ostermundigen und deren finanzielle Auswirkungen; verspätete schriftliche Beantwortung; eingereicht 19.12.2019.....	178
f) Überparteiliche Motion betreffend externe Unterstützung zu den Mitteln, die Ostermundigen im Zusammenhang mit der Sanierung und der Liquidation der PVS BIO zustehen; verspätete Beantwortung; eingereicht 19.12.2019	179
g) Überparteiliche Interpellation betreffend Mittel, die Ostermundigen aus der Sanierung und der Liquidation der PVS BIO zustehen; verspätete schriftliche Beantwortung.....	180
h) Überparteiliche Interpellation betreffend Abfall, insbesondere Abfalltrennung an öffentlichen, neuralgischen Punkten in Ostermundigen und Mehrwegge- schirr an Veranstaltungen; verspätete schriftliche Beantwortung; eingereicht 20.02.2020	181
i) Abwasserentsorgung: Perimeter Rörswilstrasse; Genehmigung eines Investitionskredits; Beantwortung offene Fragen (GGR 25.6.2020).....	182
j) Überparteiliche Interpellation betreffend Parkplatzbewirtschaftungssystem Migros Ostermundigen und weitere Einkaufszentren; verspätete schriftliche Beantwortung; eingereicht 20.02.2020.....	184

- k) Volksmotion: Wir brauchen einen Quartiertreff - für eine lebendige Nachbarschaft; eingereicht 22.06.2020; verspätete Beantwortung 185
332. Volksmotion betreffend „sichere Schulplätze in Ostermundigen“ - kein unbefugter motorisierter Individualverkehr zu Unterrichtszeiten ; parlamentarischer Neueingang 186
333. Motion GLP/BDP-Fraktion betreffend Änderung des Wahl- und Abstimmungsreglements (WAR); parlamentarischer Neueingang 189
334. Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Kompensation für Pensionskassen-Sanierungsbeiträge der Gemeindemitarbeitenden; parlamentarischer Neueingang 190
335. Dringliches Postulat Adrian Tanner (Grüne) betreffend Umwelt- und Klimakommission; parlamentarischer Neueingang 192
336. Interpellation Grüne/SP-Fraktion betreffend Kapazitätsausbau Wankdorf („Spaghetti Teller“) - Was ist die Haltung des Gemeinderats?; parlamentarischer Neueingang 193

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates im Jahre 2020.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Corona Virus-Erkrankung (COVID-19)

Die „Regeln und Empfehlungen“ des BAG vom 17. Juli 2020 sind von allen Anwesenden einzuhalten:

- Abstand halten (auch in den Diskussionen);
- Masken tragen, wenn Abstandhalten unmöglich ist (Masken können bezogen werden);
- Hygiene beachten!
- „Kontaktdaten angeben und Tracing ermöglichen“
Sämtliche Zuschauerinnen und Zuschauer und die Pressevertreterin auf der Galerie werden aufgefordert, sich auf der Liste „Kontaktdaten“ einzutragen.
- „Rednerpult und Mikrofon“
Bitte frei stehen. Pult und Mikrofon werden von den Sprechenden eigenständig desinfiziert.
- Frau Manuela Zakman, Mitarbeiterin der Abteilung Öffentliche Sicherheit, hilft uns bei der Umsetzung des Sicherheitskonzeptes resp. „Regeln und Empfehlungen“ des BAG vom 17. Juli 2020. Besten Dank für die Mithilfe.
- Parlamentarische Vorstösse können beim Saaleingang am gekennzeichneten Tisch zur Unterschrift aufgelegt werden.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Ich heisse Andrea Schneiter-Giacometti (BDP) und Lara Larissa Schneiter (SVP) als neue Parlamentsmitglieder herzlich willkommen.

Ich verlesen die bekannten Entschuldigungen seitens der GGR-Mitglieder:

- ① Bendoza Thomas, Leiser Christoph, Luyet Cédric, Mahler Rudolf, Rickenbach Rolf, Streule Christian, Weibel Tobias und Zysset Walter

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

- ① Momentan sind **29 Ratsmitglieder** anwesend und der Rat ist somit beschlussfähig.

Da der Stimmzähler Walter Zysset (SVP) heute Abend abwesend ist, hat das Parlament einen Ersatzstimmzähler zu wählen.

A b s t i m m u n g

Markus Truog (SVP) wird einstimmig als interimistischer Stimmzähler gewählt.

- ① Die nächste Sitzung findet am 29. Oktober 2020 statt. Je nachdem wie produktiv der heutige Sitzungsverlauf ausfällt, muss allenfalls am Mittwoch, 28. Oktober 2020, eine Zusatzsitzung stattfinden. Die definitive Festlegung wird am Schluss der Sitzung erfolgen.
- ① Am Schluss der Sitzung oder bei einer allfälligen Pause ist der Telsaal gestaffelt (das "Tröpfelsystem" ist anzuwenden) zu verlassen. Die GGR-Mitglieder benutzen den Seitenausgang und die Zuschauerinnen und Zuschauer den Haupteingang als Ausgang.
- ① Auf Ansammlungen vor dem TELL ist zu verzichten.

Traktandenliste

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Die folgenden Änderungen und Ergänzungen sind bekannt:

- Von Seiten Gemeinderat liegt der Antrag vor, das Traktandum 326 "Überparteiliche Motion betreffend Finanzen der Gemeinde Ostermundigen: Analyse, Strategie & Prozesse; Erheblicherklärung/ Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat" zurückzuziehen.
- Traktandum Nr. 331 „Orientierungen des Gemeinderates“
 - a. Corona Pandemie; Berichterstattung Situation Ostermundigen
Sprecher: Thomas Iten
 - b. Kooperation Bern (KoBe); Berichterstattung
Sprecher Thomas Iten
 - c. Mobilitätsangebot „mybuxi“; Berichterstattung
Sprecher Thomas Iten
 - d. Petition „Zukunft für das Reisezentrum Ostermundigen“; Beantwortung 14.7.2020
Sprecher: Thomas Iten
 - e. Überparteiliche Interpellation betreffend Führungsmängel in der Gemeinde Ostermundigen und deren finanzielle Auswirkungen; verspätete schriftliche Beantwortung; eingereicht 19.12.2019
Sprecher: Thomas Iten
 - f. Überparteiliche Motion betreffend externe Unterstützung zu den Mitteln, die Ostermundigen im Zusammenhang mit der Sanierung und der Liquidation der PVS Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) zustehen; verspätete Beantwortung; eingereicht 19.12.2019
Sprecher: Andreas Thomann
 - g. Überparteiliche Interpellation betreffend Mittel, die Ostermundigen aus der Sanierung und der Liquidation der PVS BIO zustehen; verspätete schriftliche Beantwortung; eingereicht 19.12.2019
Sprecher: Andreas Thomann

- h. Überparteiliche Interpellation betreffend Abfall, insbesondere Abfalltrennung an öffentlichen, neuralgischen Punkten in Ostermundigen und Mehrweggeschirr an Veranstaltungen; verspätete schriftliche Beantwortung; eingereicht 20.2.2020
Sprecher: Andreas Thomann
- i. Abwasserentsorgung: Perimeter Rörswilstrasse; Genehmigung eines Investitionskredits; Beantwortung offene Fragen (GGR 25.6.2020)
Sprecher: Andreas Thomann
- j. Überparteiliche Interpellation betreffend Parkplatzbewirtschaftungssystem Migros Ostermundigen und weitere Einkaufszentren; verspätete schriftliche Beantwortung; eingereicht 20.2.2020
Sprecherin: Maya Weber Hadorn
- k. Volksmotion: Wir brauchen einen Quartiertreff - für eine lebendige Nachbarschaft; eingereicht 22.6.2020; verspätete Beantwortung
Sprecherin: Maya Weber Hadorn

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Liegen weitere Wortmeldungen zur Traktandenliste vor?

Bettina Fredrich (SP): Ich stehe hier als Mitglied der Finanzkommission. Die Finanzkommission kann die abgegebenen Unterlagen zum Geschäft Nr. 326 nicht kommentarlos stehen lassen. Ich verlese die **Richtigstellung der Finanzkommission** vom 14. September 2020 zu Traktandum 326:

Zur Vorbereitung der GGR-Sitzung vom 17. September 2020 wurde eine Botschaft in der eingangs erwähnten Angelegenheit an die GGR-Mitglieder verschickt bzw. auf der Homepage aufgeschaltet. Dabei geht es um die Beantwortung einer am 19. Dezember 2019 eingereichten überparteilichen Motion betreffend vertiefter Überprüfung von verschiedenen Finanzthemen (Finanzanalyse, Vertiefung Lastenausgleich FILAG, Vertiefung juristische Personen, Finanzstrategie inkl. Investitionsstrategie und Finanzprozesse).

Bei den Finanzprozessen (Ziffer 5) werden die Aufgaben der Finanzkommission (FIKO) auf knapp anderthalb Seiten dargelegt. Auf Seite vier unten steht folgendes:

«... Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Rolle der Finanzkommission im Pflichtenheft und im Reglement über die ständigen Kommissionen klar definiert ist. Der Gemeinderat stellt fest, dass die Finanzkommission ihre Aufgaben gemäss Pflichtenheft und Reglement über die ständigen Kommissionen seit längerer Zeit nicht mehr wahrnimmt und sich weigert, Aufträge auszuführen.»

Alle Mitglieder der FIKO widersprechen diesen unwahren Aussagen im zweiten Satz mit Nachdruck. Es liegt der Finanzkommission viel daran, das Vorgefallene gegenüber dem Parlament transparent zu machen und richtigzustellen.

Nach der Sitzung vom 20. Januar 2020 hat die FIKO eine Aussprache mit dem Departementsvorsteher Finanzen/Steuern, Erich Blaser, beantragt. Gründe dafür waren die «verunglückte» Kickoff-Sitzung zur Erstellung einer Finanzstrategie 2030 und verschiedene frühere FIKO-Sitzungen, vor allem im vergangenen Jahr, welche nicht gut vorbereitet und nicht effizient geführt worden sind.

Anstelle der FIKO-internen Aussprache hat Erich Blaser das Geschäft in den Gemeinderat getragen. Eine erste Aussprache mit der AG Finanzen, der neben Erich Blaser auch Maya Weber Hadorn und Thomas Iten angehörten, hat am 11. Mai 2020 stattgefunden. Es wurden sieben Massnahmen zur Verbesserung der Vorbereitung und Durchführung der FIKO-Sitzungen beschlossen. Am 3. Juni 2020 hat eine zweite Aussprache mit dem Gesamtgemeinderat stattgefunden; verschiedene zusätzliche Massnahmen zur Verbesserung der Situation wurden ins Auge gefasst. Diese Massnahmen wurden von der FIKO begrüsst und unterstützt.

Mit Schreiben vom 1. Juli 2020 haben alle Mitglieder der FIKO dem Gesamtgemeinderat schriftlich ihren Standpunkt begründet und mitgeteilt. Aus Sicht der FIKO lagen die Gründe für die damalige Situation grösstenteils in der generellen Überforderung des Departementsvorstehers Erich Blaser sowie in mangelnden Führungs- und Fachkompetenzen.

Die FIKO als Gemeindeorgan wird vom Grossen Gemeinderat gewählt, die Sitze werden nach dem Parteiproporz vergeben, es gilt das Mehrheitswahlverfahren. Die FIKO kann ihre Stellungnahmen zu einem Geschäft durch das Präsidium des GGR dem Grossen Gemeinderat - ohne Umwege über den Gemeinderat oder gar dessen Genehmigung - mitteilen lassen. Sie begutachtet die ihr vorgelegten Geschäfte und stellt dem Gemeinderat entsprechende Anträge. Die FIKO ist damit keine Fachkommission des Gemeinderates, sondern ein Gemeindeorgan, das auch dem Grossen Gemeinderat und damit der Bevölkerung von Ostermundigen verpflichtet ist.

Im Lichte der geltenden Bestimmungen sind die Mitglieder der FIKO gerne bereit, ihre politischen und fachlichen Beurteilungs- und Beratungskompetenzen zum Wohle der Gemeinde Ostermundigen und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zur Verfügung zu stellen.

Wir erwarten jedoch sorgfältige und angemessene Führung der Verwaltung durch die politische Stufe, gute und zeitgerechte Vorbereitungen, strukturierte Vorgehensweise, zielgerichtete und effiziente Sitzungen. Fehlende Kompetenzen müssen durch Aus- und Weiterbildung oder Coaching wettgemacht und kompensiert werden.

An der FIKO-Sitzung vom 10. August 2020 wurden elf Massnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit und zur Optimierung der Prozesse vereinbart.

Mit dem Geschäft 326 liegt eine Botschaft vor, welche erstens unhaltbare Anschuldigungen an die FIKO beinhaltet, die zweitens den Prozess der Aussprache zwischen FIKO und Gemeinderat vollständig ignoriert und drittens auf das neue Versanddatum hin, die Botschaft datiert vom 31. März 2020, nicht aktualisiert worden ist. Die Vermutung liegt nahe, dass die Botschaft vor dem Versand nicht einmal mehr gelesen wurde. Dies offenbart nicht nur die Mängel in der Führung des Departementsvorstehers Erich Blaser, sondern auch des Gesamtgemeinderats und des Gemeindepräsidenten, welche für den Versand der Botschaften letztverantwortlich sind. Wir erwarten, dass sich sowohl der Departementsvorsteher Erich Blaser als auch der Gemeindepräsident Thomas Iten im Namen des Gesamtgemeinderats bei der FIKO für die unwahren Aussagen entschuldigen und die vereinbarten Massnahmen umsetzen.

Gerne stehen Ihnen alle Mitglieder der FIKO für weitere Auskünfte persönlich zur Verfügung.

1)

1) **18:12 Uhr:** Christian Zeyer (SP) nimmt an der Sitzung teil. Somit sind **30 Ratsmitglieder** anwesend.

Colette Nova (SP): Ich schlage dem Plenum vor, dass Geschäft Nr. 329 im Anschluss an das Geschäft Nr. 322 zu behandeln. Die zwei Geschäfte befassen sich mit dem Debakel der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO).

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Der Gemeinderat beantragt, dass das Traktandum Nr. 326: „Überparteiliche Motion betreffend Finanzen der Gemeinde Ostermundigen: Analyse, Strategie und Prozesse; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat“ von der GGR-Traktandenliste zurückzuziehen.

Begründung

In Folge der Corona-Krise konnte das Geschäft dem Parlament nicht wie geplant am 7. Mai 2020 vorgelegt werden.

Inzwischen haben diverse Aussprachen zwischen dem Gemeinderat und der Finanzkommission stattgefunden. Folgende Aussage in der Beantwortung des parlamentarischen Vorstosses entspricht nicht mehr der Aktualität:

Der Gemeinderat stellt fest, dass die Finanzkommission ihre Aufgaben gemäss Pflichtenheft und Reglement über die ständigen Kommissionen seit längerer Zeit nicht mehr wahrnimmt und sich weigert, Aufträge auszuführen.

Der Gemeinderat und die Finanzkommission haben gemeinsam Massnahmepunkte festgelegt. Diese hat der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 28. Juli 2020 genehmigt.

Ebenso hat die Finanzkommission die Massnahmepunkte an der Sitzung vom 10. August 2020 genehmigt. Beide Gremien bestehen darauf, die Massnahmepunkte umzusetzen und eine konstruktive Zusammenarbeit in Zukunft zu führen.

Das Geschäft wird überarbeitet und den Gremien zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt.

Ich bitte um Zustimmung dieses Antrages.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 29 zu 0 Stimmen (einstimmig) den folgenden

B e s c h l u s s

Die korrigierte Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

10.3.01 Allgemeines

312. Pendenzenliste "Grosser Gemeinderat", Kenntnisnahme

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft inkl. Pendenzenliste dokumentiert. Es liegen keine Wortmeldungen dazu vor.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Die „Pendenzenliste des Grosse Gemeinderates“ (Infostand 11.8.2020) wird zur Kenntnis genommen.

100.3.10.03 Protokollgenehmigung

313. Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 24. Juni 2020; Genehmigung

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Das Parlament wurde mit dem Protokoll Nr. 2 vom 24. Juni 2020 dokumentiert. Liegen Wortmeldungen dazu vor? Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 24. Juni 2020 wird genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigung

314. Protokoll Nr. 3 der GGR-Sitzung vom 25. Juni 2020; Genehmigung

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Das Parlament wurde mit dem Protokoll Nr. 3 vom 25. Juni 2020 dokumentiert. Liegen Wortmeldungen dazu vor?

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Ich habe noch offene Fragen von Christian Zeyer (SP) aus der letzten Sitzung (siehe Seite 104) zu beantworten. Es handelt sich um das Geschäft Nr. 303 "Abwasserentsorgung; Perimeter "Rörswilstrasse"; Erneuerung und Erweiterung der öffentlichen Abwasserleitungen; Genehmigung eines Investitionskredits":

Nicht im Protokoll steht, dass ich (nebst meinen Erläuterungen an der GGR-Sitzung) die schriftliche Beantwortung der Fachfragen zuhanden des Protokolls angekündigt habe.

Da ich im Sommer aus gesundheitlichen Gründen ein Monat ausgefallen bin, hat die fristgerechte Nachlieferung an den Ratssekretär für das Protokoll leider nicht geklappt. Ich werde die Fragen deshalb heute Abend im Rahmen der "gemeinderätlichen Orientierungen" (Traktandum Nr. 331) beantworten und in elektronischer Form dem Ratssekretär zustellen.

Alt: ... Die verdichtete Bauweise anhand der grossflächigen Terrassen (ohne Versickerungsmöglichkeiten) hat dazu geführt".

NEU: Die verdichtete Bauweise und die grossflächigen Terrassen (ohne Versickerungsmöglichkeiten) haben dazu geführt.

Alt: In Zukunft soll von Anfang an mit den richtigen Dimensionen geplant werden. Das Aha-Erlebnis war bei mir gross.

Neu: In Zukunft soll von Anfang an in den richtigen Dimensionen geplant werden. Das Aha-Erlebnis war bei mir (auch entsprechend) gross.

Alt: Die Leitungen in der Bernstrasse werden erneut geplant.

Der Satz bezieht sich nicht auf das hiesige Projekt! Gemeint ist:

Neu: Für den Ersatz der Leitungen in der Bernstrasse im Rahmen des Projekts "Tram Bern Ostermundigen" muss die Planung kontrolliert und (falls nötig) angepasst werden.

Gleichzeitig werde ich die gestellten Fachfragen von Christian Zeyer heute Abend noch beantworten (siehe Traktandum Nr. 331 i).

Myriam Zürcher (EVP): Ich habe eine Anmerkung zu meinem Votum auf Seite 89 (Verwaltungsbericht 2019; Genehmigung):

... Wir begrüssen die Förderungsmassnahmen für ein gutes Miteinander und für die *gelingende* Integration der verschiedenen Nationalitäten.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 3 der GGR-Sitzung vom 25. Juni 2020 wird genehmigt.

10.6.11 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

315. Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Als Ersatz für den zurückgetretenen Roger Schneiter (SVP) wird Yannick Buchter (SVP) für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Oktober 2020 bis 31. Dezember 2020 als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gewählt.

10.6.12 Planungskommission

316. Planungskommission; Ersatzwahl

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Regula Unteregger Schütz (SP) hat ihren sofortigen Rücktritt als Mitglied der Planungskommission erklärt. Der Gemeinderat hat den Rücktritt per Ende Juli 2020 genehmigt.

Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion lässt ihren Sitz in der Planungskommission bis Ende Jahr **vakant**.

10.6.06 Sozialkommission

317. Sozialkommission; Ersatzwahl

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Als Ersatz für den zurückgetretenen Yannick Buchter (SVP) wird Markus Truog (SVP) für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Oktober 2020 bis 31. Dezember 2020 als Mitglied der Sozialkommission gewählt.

²⁾

²⁾ **18.30 Uhr:** Mattias Kuert (SP) nimmt an der Sitzung teil. Es sind **31 Ratsmitglieder** anwesend.

- 10.13.41 Partnergemeinde Oberwil
- 10.13.42 Partnergemeinde Löhnberg
- 10.13.43 Partnergemeinde Trojan

318. Gemeindepartnerschaften; Partnergemeinden Oberwil im Simmental (CH), Löhnberg an der Lahn (D) und Trojan (Bulgarien); Auflösung der Partnerschaften

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

1. Vizepräsident Adrian Tanner (Grüne): Mit den Gemeinden Oberwil und Löhnberg ist die Auflösung der Partnerschaften im Einvernehmen erfolgt. Dazu habe ich keinen Einwand.

Die bulgarische Gemeinde Trojan wird als sogenannter "Sparauftrag der Gemeinde Ostermundigen" aufgelöst. Dieser Sachverhalt bedauere ich sehr und ich werde persönlich diesem Geschäft nicht zustimmen.

In meiner Schulzeit durfte ich eine tschechische Partnergemeinde besuchen und dieser Besuch hat mich sehr geprägt. Ich finde die Auflösung sehr schade.

³⁾

Gerhard Zaugg (SVP): Dem gemeinderätlichen Antrag ist nichts hinzuzufügen. Einzig zur Gemeinde Oberwil ist zu vermerken, dass es schade ist, dass die Partnerschaft aufgelöst wird. Die Feuerwehr Ostermundigen hat seinerzeit nebst einem Fahrzeug auch andere Ausrüstungsgegenstände (z. B. Brandschutzjacken) gratis abgegeben. Auf der anderen Seite ist es verständlich, dass die Kontakte langsam einschlafen. Die jungen Leute von beiden Partnergemeinden wissen zum Teil nicht mehr, dass diese Partnerschaft überhaupt existiert. Zeit und Lust fehlen, um sich um solche Angelegenheiten zu kümmern.

Die SVP-Fraktion befürwortet den gemeinderätlichen Beschluss.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 28 zu 1 Stimme den folgenden

B e s c h l u s s

Die Gemeindepartnerschaften mit den Gemeinden Oberwil im Simmental, Löhnberg an der Lahn (Deutschland) und Trojan (Bulgarien) werden per sofort offiziell und formal aufgelöst.

³⁾ "Sag nicht Ja wenn du nicht verstanden hast" lautet auf Tschechisch: Neříkej ano když nerozumíš.

13.5.04 Tagesschulen

319. Tagesschule Mahlzeitenlieferung; Genehmigung Verpflichtungskredit

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Yannick Buchter (SVP): Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft vorbehaltlos zustimmen. Wir danken der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Arbeiten. Das Geschäft ist aus unserer Sicht notwendig und es konnte eine gute Lösung gefunden werden. Die Kosten halten sich im Rahmen.

Silvia Fels (EVP): Als EVP/CVP Fraktion begrüßen wir es, dass in Zukunft die Mahlzeitenlieferung für die Tagesschule von ein und demselben Anbieter kommt. Dass der Preis für die Eltern gleich bleibt oder dann sogar ab 2022 noch etwas günstiger wird, ist natürlich auch eine gute Nachricht.

Da ich die Arbeit der GEWA persönlich kenne und schätze, freut es mich umso mehr, dass das Angebot überzeugt hat. Im letzten Jahr durften wir ja beim GGR-Ausflug die Stiftung und ihre Dienste auch persönlich kennen lernen. Wir tun gut daran, solche Arbeiten zu unterstützen. Nicht nur weil sie integrierte Arbeitsplätze anbieten sondern auch weil sie ein gutes Konzept haben: Regional, Nachhaltig und sogar ISO zertifiziert. Ebenfalls setzen sie sich ein für den Umweltschutz.

Wir bewilligen den Verpflichtungskredit und wünschen den Kindern "ä Guete"!

1. Vizepräsident Adrian Tanner (Grüne): Ich kann mich in Bezug auf die Nachhaltigkeit und Soziales der Vorrednerin anschliessen. Besten Dank der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Findung einer nachhaltigen Lösung. Die Suche hat sich gelohnt! Ich empfehle dem Parlament das Geschäft zur Annahme.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 30 zu 0 Stimmen (einstimmig) den folgenden

B e s c h l u s s

1. Für die Lieferung der Tagesschulmahlzeiten wird ein Verpflichtungskredit zu Lasten der Erfolgsrechnung von CHF 2'179'432.10 (inkl. MwSt.) für die Dauer ab 1. Januar 2021 bis 31. Juli 2025 bewilligt.
2. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

30.4.22 Schulhaus Mösli

320. Schulanlage Mösli; Genehmigung eines Projektierungskredits für die Gesamtplanung (Erweiterung mit zwei Kindergärten und einer Tagesschule)

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Hans Peter Friedli (SVP): Der steigende Raumbedarf ist für uns unbestritten. Deshalb haben wir der Schulraumplanung letztes Jahr auch zugestimmt. Auch dass es hier kein Flickwerk, sondern einen Neubau braucht, ist für uns selbstverständlich.

Wenn wir hier die vorgesehenen Kosten von Projekt und für die Erstellung der neuen Schulräume sehen, so sieht das nicht nach einem funktionellen und kostengünstigen Neubau aus. Dies lässt sich auch schon aus dem Gremium der Fachjury erahnen.

- Wir fragen uns, wie viel Wunschbedarf in diesem Neubau realisiert wird. Das sehen wir leider erst bei der Fertigstellung.
- Wir erwarten, dass der vorgesehene Gesamtkredit nicht überschritten, sondern wo möglich unterschritten wird.
- Positiv zu erwähnen ist, wie der Ablauf der einzelnen Projekte in der Botschaft aufgeführt ist.

Die SVP-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen.

Martina Wagner (EVP): Die EVP/CVP-Fraktion wird den Nachkredit bewilligen. Es ist absolut notwendig, dass in der Schule Mösli mehr Platz geschaffen wird (insbesondere für die Tagesschule). Der Anbau an die Turnhalle ist sehr sinnvoll. Der unschöne Hartplatz wird überbaut und bei dem jetzigen Kindergartengebäude wird ein schöner Aussenraum geschaffen. Auch die Lifte für den rollstuhlgängigen Zugang zum Spezialtrakt sind eine sinnvolle Investition.

Oliver Tamàs (GLP): Die GLP/BDP-Fraktion unterstützt den gemeinderätlichen Antrag. Wir sind für eine möglichst schnelle Realisierung. Wir sind uns bewusst, dass es eher eine teure Planungsphase mit hohen Honorarkosten ist, dies wohl aufgrund des Wettbewerbs und des Denkmalschutzes. Trotzdem sind wir überzeugt, dass es den Neubau dringend braucht, die aktuelle Situation mit Kindergarten und Tagesschule ist nicht mehr tragbar.

Wichtig ist uns der Hinweis auf unsere Volksmotion «Sichere Schulhausplätze». Erfreulich: Die Parkplatz-Situation ist bereits deutlich besser gelöst. Aber es braucht weitere Massnahmen wegen den Elterntaxis und allgemein für die Durchfahrten. Aber 20 Parkplätze sind zu viel und das über die ganze Länge der Kilchgrundstrasse. Die Kilchgrundstrasse gehört zum Schullareal und sollte daher gesperrt werden. Dies muss von der Abteilung Hochbau ins Projekt eingebracht werden. In Hinblick aufs weitere Projektieren ist die Situation der Parkplätze zu überprüfen.

Christian Zeyer (SP): Wir danken für die umfassenden und gut lesbaren Unterlagen. Wir stimmen dem Vorgehen zu.

① Zum Projekt

Das Projekt insgesamt wird angenommen. Positiv erwähnt werden soll, dass ein Lift die Barrierefreiheit sicherstellt, nicht nur für den Anbau, sondern auch für den älteren Teil.

Was wir vermissen, sind Aussagen über die Nachhaltigkeit. Auch wenn wir in einer frühen Phase sind, sollte im Sinne einer rechtzeitigen Integration dieser Themen früh genug die richtigen Fragen gestellt werden. Erfahrungen zeigen, dass die Nachhaltigkeit umso besser berücksichtigt werden kann, je früher Anforderungen gestellt werden. Sich einfach darauf zu verlassen, dass ja «Minergie die Vorschrift ist» reicht nicht aus. Es ist teurer und auch aus Nachhaltigkeitssicht schlechter, ein Projekt auf Minergie zurechtzubiegen, als rechtzeitig die richtigen Planer mit einzubeziehen. Die Frage an das Baudepartement ist daher: Inwiefern wurde bereits in der Planung darauf geachtet, dass diese Fragen (abgesehen von der Materialisierung, die ja entsprechend abgeklärt wurde) in die Projekte einbezogen wurden? Beispielsweise fehlen Aussagen zur Haustechnik inkl. der Möglichkeit einer PV-Anlage vollständig. Die sollte bereits im Vorprojekt in der Konzeption festgelegt werden. Dazu möchte ich noch zusätzliche Auskünfte von der Abteilung Hochbau.

Bezüglich der Materialisierung möchten wir noch einmal festhalten, dass wir den Einbezug von Holzbau grundsätzlich favorisieren. Es ist durchaus auch möglich, eine geeignete Darstellung des Gebäudes zu wählen, welche die optischen Elemente des bestehenden Baus aufnimmt und trotzdem auf Holz in der Struktur setzt. Während wir im vorliegenden Fall eher gewillt sind, den Entscheid zu akzeptieren, wird das für andere Fälle nicht gelten. Insbesondere ist dies in der Ausgestaltung der Provisorien zu berücksichtigen, bei denen wir davon ausgehen, dass hier auf Holzbau gesetzt wird. Dies ist auf Grund der unten festgehaltenen Verzögerung in der Nachfrage sicher möglich.

Zwei Bemerkungen zum Umfeld:

1. Wir verstehen zwar sachlich die Notwendigkeit, einen Kredit von CHF 200'000 vorzuziehen. Trotzdem ist das Vorgehen vom Prozess her störend. Es ist nicht gut, wenn Vergaben scheinbarweise vorgenommen werden und damit die massgeblichen Behörden umgangen werden. Damit werden ungute "Fait Accompli Situationen" geschaffen, die die Beziehung zwischen Gemeinderat und GGR unnötig belasten.
2. Daran anschliessend: Wir befürworten es deshalb, dass - auch wenn dies zu grösseren einmaligen Investitionen führt - im Mösli die Sanierungsschritte 1 bis 3 zusammengelegt werden sollen und freuen uns auf die Details des Projektes.

4)

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Besten Dank für die eingereichten Voten. Ich möchte zum Votum von Christian Zeyer (SP) wie folgt Stellung nehmen:

① Parkplätze

Selbstverständlich haben wir die Motion wohlwollend entgegen genommen. Wir werden bestimmt ein Auge auf der Sache haben.

4) **18:45 Uhr:** Gerhard Zaugg (SVP) verlässt die Sitzung. Es sind noch **30 Ratsmitglieder** anwesend.

① Wunschbedarf (Votum Hans Peter Friedli, SVP)

Dieser ist sicher nicht gegeben. Wir sind ausführendes Organ für die Schülerinnen und Schüler von Ostermundigen, für die Abteilung Bildung, Kultur, Sport und die Kosten hat die Abteilung Hochbau sehr wohl im Griff. Ganz wichtig zu wissen ist: Wir starten mit dem Planungsverfahren erst nach der Kreditgenehmigung. Nachhaltigkeitsthemen wie zum Beispiel Fotovoltaik etc. wurden in die Ausschreibung integriert. Das ist Standard und Ostermundigen ist Energiestadt. Bei Neubauten kommt Minergie A-Eco automatisch in die Submission und eine PVC-Anlage ist mehr oder weniger gesetzt.

① Planerteam

Es ist richtig, dass vom Planerteam ein Massivbau (nicht Holz) im Vordergrund steht. Die Erfahrungen der Container bei der Schule Dennigkofen haben gezeigt, dass ein Betonbau bestimmt teurer als ein Holzbau ist. Wenn es der Wille des Parlamentes ist, dann werden wir dies bestimmt so umsetzen.

① Salamtaktik des Gemeinderates (Votum von Christian Zeyer, SP)

Deine Aussage hat mich erschreckt! Die Finanzkompetenz von 200'000 Franken liegt beim Gemeinderat und nicht beim GGR. Wir haben dem Parlament alles klar und unmissverständlich aufgezeigt (im Plan und Ablaufplan). Wir machen keine versteckten Sachen; im Gegenteil: Wir probieren effizient für die Schulen, die Schulkinder und die Steuerzahlenden in Ostermundigen zu arbeiten.

Fazit

Alle Mitarbeitenden der Abteilung Hochbau sind bestrebt, besonders transparent zu arbeiten!

Christian Zeyer (SP): Ich zitiere aus der GGR-Botschaft auf Seite 7:

Wir diskutieren um einen gesamten Projektierungskredit von CHF 778'000.

Um den engen Terminplan bis zur Inbetriebnahme im Januar 2024 einhalten zu können und um damit zu verhindern, dass weitere Provisorien mit Kostenfolgen von gut CHF 1 Mio. notwendig werden, hat der Gemeinderat am 30. Juni 2020 bereits einen Kredit für die Ausarbeitung des Vorprojekts in der Höhe von CHF 202'000 gesprochen.

Hier wurde bereits etwas vorgezogen, welches in die ganzen CHF 778'000 gehört und dies ist für mich "Salamtaktik". Wenn bereits im Vorfeld vorgesehen war, ein solches Vorprojekt auszuarbeiten, dann hätte dies so koordiniert und in der Botschaft festgehalten werden sollen.

- Einbezug der Energie

Bereits im Vorprojekt ist es sinnvoll, sich Gedanken zu machen.

1. Vizepräsident Adrian Tanner (Grüne): Die Ausbauarten Holz oder Beton werden noch geprüft. Wenn wir heute dem Geschäft zustimmen, wird dann ebenfalls der Ausbauart "Beton" bestimmt? Oder werden dem Parlament Varianten zum Entscheid vorgelegt? Zwischen Holz und Beton ist ein grosser Unterschied in Bezug auf die Nachhaltigkeit vorzunehmen.

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Das Projekt "Massivbauten (nicht Holz)" wurde vom Planerteam gewählt. Teile aus Holz sind jedoch nicht ausgeschlossen. Ein reiner Holzbau kann mit dem vorliegenden Projektierungskredit nicht realisiert und finanziert werden.

Judith Hangartner (parteilos/Grüne): Die Erfahrungen im Oberfeldquartier haben gezeigt, dass der Massivbauentscheid keinen Holzbau mehr zulässt. Die Kosten fließen ins unermessliche.

Eine Anmerkung zum Thema "Nachhaltigkeit/Energie":

Die Themen „Effizient heizen, Wärmedämmung“ etc. wechseln in den Diskussion ständig.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 28 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Für die „Projektierung der Gesamtplanung Schulanlage Mösli (Erweiterung mit zwei Kindergärten und einer Tagesschule)“ wird ein Nachkredit von CHF 576'000.00 inkl. MwSt. bewilligt.

10.3.72 Motionen

321. Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend eine kohärente Politik der frühen Kindheit für Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich die Erstunterzeichnerin zur Berichterstattung äussern.

Bettina Fredrich (SP): Wir wissen alle, dass die frühe Entwicklung in der Kindheit für das weitere Leben zentral ist. Die frühe Kindheit legt den Grundstein für die späteren Kompetenzen. Nicht alle Kinder haben jedoch die gleichen Startbedingungen. Beim Eintritt in den Kindergarten gibt es markante Unterschiede. Die frühe Förderung hilft die Startchancen in der Kindheit auszugleichen. Das lohnt sich nicht nur für die Kinder; das lohnt sich auch volkswirtschaftlich.

Die Angebote auf Gemeindeebene werden von vielen verschiedenen Akteuren zur Verfügung gestellt. Neben öffentlichen gibt es zahlreiche private Anbieter. Damit die Frühförderung gelingt, ist die Qualität der Angebote entscheidend. Die Zielgruppen müssen erreicht werden und die Angebote auf einander abgestimmt sein. Nur mit einer strategischen Planung können die Ziele erreicht werden (das empfiehlt auch der Gemeindeverband). Eine strategische Planung muss den Bedarf klären, die Ziele und Massnahmen definieren und diese auch regelmässig überprüfen. Die Anforderung ist also hoch.

Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion hat die vorliegende Botschaft diskutiert. Sie beinhaltet eine erste Adhoc-Analyse der Situation in der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des kantonalen Konzeptes "Frühe Förderung". Der Vorschlag des Gemeinderates, in zwei Schritten vorzugehen (mit dringlichen Massnahmen starten und anschliessend eine Bedarfsanalyse errichten), erscheint uns ein gangbarer Weg und auf die Ressourcen der Gemeinde Ostermundigen abgestimmt zu sein. Die Etappierung hat sich auch im Gespräch mit der Abteilung Soziales ergeben. Ich stehe diesem Sachverhalt positiv gegenüber. Gleichzeitig werde ich um eine Änderung des Wortlautes beim Parlament bitten. Im Sinne des "Fazit" (Kapitel 1.4 in Botschaft auf Seite 8) lautet der **neue Wortlaut** wie folgt:

- 1. Der Gemeinderat wird beauftragt, bis 2022 eine Strategie der Frühen Förderung zu erarbeiten, die auf einer umfassenden Bedarfsanalyse basiert und dazu die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen.*
- 2. Der Gemeinderat wird beauftragt, bis Ende 2021 konkrete Massnahmen in den Feldern Sprachförderung, Früherkennung, Hausbesuchsprogramme, Vernetzung und Spielgruppen zu ergreifen.*

In diesen Bereichen wird bereits heute ein Handlungsbedarf ausgewiesen. Die Änderung des Wortlautes wurde mit der Abteilung Soziales abgesprochen.

Ich bitte euch, der Änderung des Wortlautes und letztendlich der Motion zuzustimmen. Mit der vorliegenden Motion wird die Gemeinde Ostermundigen einen grossen Schritt in Richtung Chancengleichheit der Kinder vornehmen.

5)

Sandra Löhner (CVP): Die CVP/EVP-Fraktion wird die vorliegende Motion auch mit abgeändertem Wortlaut unterstützen.

Ich stelle mir die Frühförderung der Gemeinde Ostermundigen immer als Netz vor - ein Netz mit verschiedenen Anbietern darin (z. B. Mütter- und Väterberatung, Hebamme, Kirche, Spielgruppe u. v. m.). Dieses Netz hat wie jedes Netz auch Löcher und Lücken. Um die Löcher und Lücken zu erkennen, brauchen wir eine zentrale Stelle, welche den gesamten Überblick innehat. Wir können das wie ein Orchester mit einem Dirigenten vergleichen. Jeder Musiker leistet gute Arbeit, aber ohne Dirigenten gibt es keine Harmonie. Unser Dirigent muss vorausschauen. Alle Musiker müssen am gleichen Strang ziehen zum Wohle der Familien.

Lara Larissa Schneiter (SVP): Die SVP-Fraktion hat sich vertieft mit dieser Motion auseinandergesetzt. Es steht ausser Frage, dass diese ein wichtiges Thema behandelt und wir danken den Motionären, dass sie es aufgegriffen haben. Nach intensiver Diskussion sind wir aber zum Schluss gekommen, die Motion abzulehnen.

Aus unserer Sicht bestehen in der Gemeinde genügend Bestrebungen, welche die Forderungen dieser Motion bereits zum heutigen Zeitpunkt erfüllen. Die Verwaltung soll arbeiten können und sich nicht ständig mit noch mehr Forderungen auseinandersetzen müssen. Für uns wäre es aber eine gute Lösung, das Programm "schrittweise" mit den Forderungen der Motion zu ergänzen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte alle, dem Antrag der SVP-Fraktion zu folgen. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Die Motionärin hat bei der Abteilung Soziales offene Türen eingerrannt. Es stellt sich primär die Ressourcenfrage. Wir würden gerne alle Angebote wie gefordert realisieren. Jedoch gilt es die Ressourcenfrage zu beachten.

Ich danke der Motionärin, dass die Abänderung des Wortlautes vorgängig mit uns abgesprochen worden ist. Eine Umsetzung der geforderten Massnahmen per Ende 2020 schaffen wir nicht. Deshalb sind wir froh, die geforderten Arbeiten im nächsten Jahr ausführen zu können. Der Wunschkatalog soll möglichst vollständig umgesetzt werden. Über Kostengutsprachen wird letztendlich wieder das Parlament entscheiden müssen.

Ich bitte das Parlament, die Motion zu unterstützen.

Christian Zeyer (SP): Ich benötige eine kurze Bedarfserklärung zur "Formulierung":

Der Titel des Geschäftes lautet ..., Erheblicherklärung und Umwandlung in ein Postulat". "Und" ist eigentlich zu viel im Begriff, d. h. die Motion wird in ein Postulat umgewandelt. Andererseits wird in der Beschlussfassung die Umwandlung in ein Postulat nicht erwähnt.

5) **19:00 Uhr:** Die Herren Y. Buchter, O. Tamàs und D. Toggwiler verlassen die Sitzung. Es sind noch **27 Mitglieder** anwesend

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Ich gehe davon aus, dass der Wortlaut gemäss Kapitel 1.7 (Seite 9) der Botschaft massgebend ist. Im gemeinderätlichen Antrag wird die Erheblicherklärung der Motion gefordert.

Hans Rudolf Hausammann (SVP): Wir haben das Projekt "schritt:weise" im Parlament genehmigt. Diskutieren wir nun über ein ähnliches Projekt wie schritt:weise? Die Ausführungen der Departementsvorsteherin Soziales lassen gewisse Bedenken zur Finanzierung des Projektes offen.

Kann das neue Projekt nicht in das Projekt "schritt:weise,, integriert werden? Oder verstehe ich die beiden Projekte total falsch?

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Ja, heute liegt noch kein konkretes Projekt vor. Die Motion legt die Stossrichtung der Projektumsetzung vor. Gleichzeitig ist eine Bedarfsanalyse vorzunehmen. Die Projekte sind hier noch nicht definiert; wir haben lediglich den Bedarf definiert. Wo müssen punktuell neue Projekte an die Hand genommen werden? schritt:weise ist lediglich ein Punkt im Bedarfsflickwerk. Die konkreten Projekte müssen den zuständigen Organen vorgestellt und die notwendigen Kredite eingefordert werden. Das hier geforderte ist Konzeptarbeit und wird durch die Verwaltung intern erledigt.

Matthias Kuert (SP): Wir haben vorhin über die Infrastrukturen für unsere Schülerinnen und Schüler gesprochen. Jetzt beschliessen wir ebenfalls über eine "Infrastruktur". Das Netz der Frühförderung bringt für die Schulen Vorteile. Unsere Kinder werden zu verantwortungsvollen Erwachsenen. Mit relativ wenig Geld kann viel erwirkt werden. Das ist genauso wichtig wie gute Schulraumplanung; vielleicht sogar noch wichtiger.

Ernst Hirsiger (SVP): "Frühförderung" ist heute ein Thema, welches im Trend liegt. Wir dürfen da nicht dagegen sein. Ich bin in einer Zeit geboren, welche solche Instrumente nicht kannte. Trotzdem bin ich gross geworden. "Frühförderung" garantiert uns nicht, dass alle Kinder die gleichen Chancen im Leben erhalten werden. Das Projekt ist sympathisch und ein "Nice to have" - jedoch gratis kann dieses Projekt nicht umgesetzt werden.

Bettina Fredrich (SP): Gratis ist die Sache nicht - das stimmt Ernst! Zahlreiche Studie erhärten, dass diese Investitionen sich lohnen. Jeder Franken in die Investition lohnt sich bzw. fliesst vierfach retour.

Totale Chancengleichheit werden wir nie haben, da hat Ernst Hirsiger (SVP) ebenfalls Recht. Aber heute wissen wir, dass gewisse Armutsprogramme die frühe Kindheit heute als ein wichtiges Puzzleteil festlegen.

Das Projekt "schritt:weise" ist ein wichtiges Projekt. Wir erreichen ca. 25 Familien pro Jahr. Dieser wichtige Baustein muss angepasst werden. Die heute bereits vorhandenen Projekte müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Es genügt nicht, ein schritt:weise auszubauen. Die Angebote müssen aufeinander abgestimmt werden. Wo liegt der Bedarf der Gemeinde Ostermundigen? Ein optimales Management ist wichtig und notwendig.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich verlese nochmals den abgeänderten Wortlaut der Motion:

- 1. Der Gemeinderat wird beauftragt, bis 2022 eine Strategie der Frühen Förderung zu erarbeiten, die auf einer umfassenden Bedarfsanalyse basiert und dazu die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen.*
- 2. Der Gemeinderat wird beauftragt, bis Ende 2021 konkrete Massnahmen in den Feldern Sprachförderung, Früherkennung, Hausbesuchesprogramme, Vernetzung und Spielgruppen zu ergreifen.*

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 20 zu 6 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend eine kohärente Politik der frühen Kindheit für Ostermundigen wird im Wortlaut abgeändert und erhebtlich erklärt.

10.3.72 Motionen

322. Überparteiliche Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der PVS BIO; Berichterstattung und Abschreibung der Motion

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig, mit der Auflage, dass die Parlamentsmitglieder mit dem Gutachten von Frau Dr. I. Vetter dokumentiert werden. Ich hoffe, das Gutachten wurde allen zugestellt.

Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich die Erstunterzeichnerin zur Berichterstattung äussern.

Colette Nova (SP): Ich danke für die Berichterstattung und das, was der Gemeinderat resp. ein Teil des Gemeinderats unternommen hat. Ich weiss, dass das unter schwierigen Umständen gemacht worden ist, weil der Stiftungsrat bzw. die Liquidatoren alles gemacht haben, um diese Arbeit zu erschweren.

Aber ich bin nicht damit einverstanden, die Motion als erledigt abzuschreiben. Die Motion ist nur teilweise erfüllt. Immerhin hat der Gemeinderat jetzt eine der Schriften von Frau Vetter zugestellt, wenn auch nur auf Druck der Geschäftsprüfungskommission. Die Zustellung von Gutachten an den Grossen Gemeinderat (GGR) war nämlich einer der Aufträge der Motion.

Zur Erinnerung: Es war eine extrem teure Sanierung, die Gemeinde hat davon den allergrössten Teil übernommen, auch das Personal hat einen Teil tragen müssen. Der Gesamtschaden betrug ca. 60 Mio. Franken, allerdings aufgeteilt auf mehrere Gemeinden und andere Betriebe. Ostermundigen hat dies das "letzte Tafelsilber" gekostet. Dafür hätte man mehrere Schulhäuser bauen können.

Die Motion hat zwei Ziele verfolgt:

1. Geld zurückzuholen, sofern möglich. Dieses Ziel ist in der Zwischenzeit leider wohl kaum mehr realisierbar, da wegen der Verweigerungshaltung des Stiftungsrates bzw. der Liquidatoren viel Zeit verloren gegangen ist. Ganz genau wissen wir es nicht, mangels Zugang zu den Akten.
2. Zuhanden der StimmbürgerInnen und Steuerzahlenden, die das Riesenloch der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) berappen mussten, eine Aufarbeitung der Geschehnisse in der PVS BIO zu machen. Eine Aufarbeitung von dem was gemacht, was verpasst oder zu spät gemacht worden ist, wer, warum, welche Entscheide getroffen oder verpasst hat. Es gilt daraus Lehren zu ziehen. Das schuldet man uns, den StimmbürgerInnen und Steuerzahlenden.

Der Gemeinderat ist auf eine Blockade gestossen, ist beim Stiftungsrat aufgelaufen. Der Stiftungsrat verschanzt sich hinter Gesetzesbestimmungen, die zum Schutz der Versicherten gemacht worden sind. Aber hier geht es ja gar nicht um Daten der Versicherten, auch nicht um die Interessen der Stiftung. Der Stiftungsrat schützt mit seiner Verweigerungshaltung also

nicht die Stiftung, nicht die Versicherten, sondern **private Interessen von früheren Stif-
tungsräten und Angestellten der Stiftung**. Das öffentliche Interesse an der Aufarbeitung
überwiegt jedoch ganz klar.

In den letzten 15 Jahren hat es in mehreren Pensionskassen von Kantonen und Gemeinden
grobe Probleme und Skandale gegeben. Zum Beispiel im Kanton Zürich, aber auch im Kanton
Bern. In all diesen Fällen haben die politischen Behörden durch Experten eine Aufarbeitung
machen lassen und dazu Zugang zu den Unterlagen erhalten. Der rechtliche Rahmen war der
gleiche, diese Pensionskassen haben sich nicht hinter etwas verschont, sondern der politi-
schen Behörde ermöglicht, die nötige Aufarbeitung zu machen.

Deshalb darf der Gemeinderat jetzt nicht aufgeben. Und deshalb dürfen wir die Motion jetzt
noch nicht abschreiben!

An dieser Stelle wollte ich nach der Stellungnahme zu zwei ausstehenden Vorstössen fragen,
nämlich zur Interpellation und zur Motion, die ich und Mitunterzeichner am 19.12.2019 ein-
gereicht haben. Also vor neun Monaten. Dabei geht um das Thema, aus der Liquidation der
PVS BIO Geld zurückzuholen. Es ist nicht normal, dass das so lange dauert. Der Gemeinderat
will nun am Ende der Sitzung etwas dazu sagen. Ich bin gespannt.

Nun habe ich noch die Frage: Wann kommt die Abrechnung zum Verpflichtungskredit für die
Sanierung der PVS BIO? Laut Artikel 109 der kantonalen Gemeindeverordnung *«ist über jeden
Verpflichtungskredit nach Abschluss des Vorhabens abzurechnen»*. Wenn der Verpflichtungs-
kredit von den Stimmberechtigten beschlossen worden ist, dann ist in Gemeinden mit einem
Parlament die Abrechnung dem Parlament zur Kenntnis zu bringen. Auch das steht in Artikel
109 Absatz 3 der Gemeindeverordnung. Per Ende 2018 hat der Gemeinderat 9,8 Mio. Franken
zugunsten der Erfolgsrechnung aufgelöst. --> Das sind bald zwei Jahre her. Also wann
kommt endlich die Abrechnung?

"By the way": Ich habe den Eindruck, dass diese Vorschriften in Ostermundigen wenig be-
kannt ist. Wir erhalten nämlich fast nur Abrechnungen von Bauvorhaben.

→ Fortsetzung folgt.

Ernst Hirsiger (SVP): Meine offizielle Stellungnahme der SVP-Fraktion zur Botschaft ist die
Folgende:

Chronologisch betrachtet geht die zur Debatte stehende Motion vom 3. Mai 2018, welche am
28. Juni 2018 vom Parlament erheblich erklärt wurde, auf eine «Überparteiliche Interpella-
tion» vom 14. Dezember 2017 zurück.

Bei der Behandlung dieser Vorstösse sind verschiedene Parteien mit unterschiedlichen Inte-
ressen und abweichender Wahrnehmung der Wirklichkeit beteiligt.

Die SVP-Fraktion anerkennt grundsätzlich die Bemühungen des Gemeinderates, die Motion
umzusetzen. Dafür dankt sie. Dennoch findet sie, der Gemeinderat habe bei diesem schwieri-
gen Geschäft mit angezogener Handbremse agiert. Das zeigt allein schon die zeitliche Dauer,
welche seit der Erheblicherklärung der Motion verstrich.

Die Versuchung ist gross, mit der Abschreibung dieser Motion, das Debakel der Personalvor-
sorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) politisch
endgültig zu den Akten zu legen. Die Angelegenheit beschäftigt verschiedene Akteure seit

Jahren. Ermüdungserscheinungen machen sich deshalb bei allen Beteiligten breit. Man möchte damit möglichst nichts mehr zu tun haben.

Diese resignative Haltung ist aus Sicht der Mehrheit der SVP-Fraktion falsch. Sie will die Motion deshalb noch nicht abschreiben. Die Motion wurde nicht vollständig umgesetzt.

Einen massgeblichen Anteil daran, dass dies nicht gelang, verantwortet der Stiftungsrat der PVS BIO. Mit seiner Blockadehaltung, Einsicht in die Akten der Stiftung zu gewähren, verunmöglicht er, die Geschichte des Debakels aufzuarbeiten. Er verschanzt sich dabei hinter dem Art. 86 BVG (Schweigepflicht). Von Art. 85 BVG (Akteneinsicht) und Art. 86 a) BVG (Datenbekanntgabe) spricht er wohlweislich nicht.

Der Stiftungsrat der PVS B-I-O betont zwar immer wieder, er habe alle Fragen im Zusammenhang mit der Schiefelage der PVS B-I-O geprüft und alle rechtlich notwendigen Abklärungen durchgeführt. Auch eine Strafanzeige eines Versicherten habe keinen strafrechtlich relevanten Tatbestand ans Licht gebracht.

Die Aufarbeitung des PVS B-I-O Debakels ist aber mehr eine moralische als eine strafrechtliche Frage. Findet sie nicht statt, bleibt ein dauerhaft schlechtes Gefühl zurück. Wer nichts zu verbergen hat, kann auch Einblick in seine Akten gewähren und muss nicht erst mit Rechtsmitteln dazu gezwungen werden. Der Steuerzahler hat ein Anrecht zu wissen, warum er Millionenzahlungen zur Sanierung der PVS B-I-O leisten musste.

Als Sprecher der SVP-Fraktion stelle ich bei der persönlichen Beurteilung der Vorkommnisse rund um die PVS B-I-O und dem Liquidationsprozess fehlende Transparenz fest. Es fällt auch auf, dass keine der ehemals der Stiftung PVS B-I-O angeschlossenen Gemeinde Interesse an der Aufarbeitung des Geschehens zeigt. Diese Tatsache wirft doch etliche Fragen auf.

Böse Zungen würden zudem von "Organisierter Verantwortungslosigkeit" sprechen.

Die massgeblichen Akteure stellen sich gegenseitig Persilscheine aus. Auch die Bernische BVG- und Stiftungsaufsicht (BBSA), seit dem 1. Januar 2012 Rechtsnachfolgerin der früheren Abteilung Berufliche Vorsorge und Stiftungen (BVS) der Kantonsverwaltung, sieht keinen Grund, zu hinterfragen, ob sie allenfalls ihre Aufsichtspflichten verletzt hat.

Vielleicht waren ja die Verantwortlichen bei der Transformation des BVS in die öffentlich-rechtliche Anstalt BBSA zu sehr absorbiert, um der PVS B-I-O die nötige Beachtung zu schenken.

Wenn das Parlament heute Abend mehrheitlich dazu bereit sein sollte, die Motion abzuschreiben, entscheidet es meiner Meinung mit unbefriedigendem Informationsstand sowie gestützt auf die Lagebeurteilung des Gemeinderates, welcher in dieser Angelegenheit zwangsläufig eine gewisse Befangenheit aufweist und kapituliert vor der Blockadehaltung des Stiftungsrates.

Wir sollten es nicht tun!

6)

Judith Hangartner (parteilos/Grüne): Ich habe eine Frage: Über was diskutieren wir hier eigentlich? Mir und meinen GPK-Kolleginnen und -Kollegen ist nicht aufgefallen, dass die Botschaft nicht komplett ist:

6) **19:30 Uhr:** Yannick Buchter (SVP) nimmt wieder an der Sitzung teil. Somit sind nun **28 Ratsmitglieder** anwesend

- Die "Zusammenfassung und Antrag" bilden in der GGR-Botschaft die Zusammenfassung des Gemeinderates. Der Gemeinderat beantragt uns, die Motion als erledigt abzuschreiben. Uns fehlen der Wortlaut der Motion und die früher gefassten Anträge.
- Wir wissen nicht, was die vorliegende Motion im Detail will.
- Oder bin ich im Prozessablauf ganz falsch?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich kann kein Licht ins Dunkle bringen resp. zu den Fragestellungen - Aliko und ich treten bei der Behandlung dieses Geschäftes jeweils in den Ausstand.

Aber die Frage von Colette Nova (SP): Wann liegt die Kreditabrechnung vor? - kann ich beantworten. Die Kreditabrechnung kann dann vorgenommen werden, wenn die Liquidation abgeschlossen ist. Erst dann ist bekannt, wie viel Geld letztendlich noch an die Gemeinden zurück fliesst. Die Angelegenheit kostet uns jährlich rund 150'000 Franken: Die Aufrechterhaltung der Geschäftsstelle veranschlagt rund 100'000 Franken. Die restlichen 50'000 Franken müssen für die Negativzinsen aufgewendet werden (das noch verfügbare Geld darf nicht angelegt werden).

- ① In der Geschäftsprüfungskommission habe ich bereits mehrmals über den Geschäftsverlauf informiert. Das Parlament muss sich bewusst sein, je länger die Angelegenheit dahingezogen wird, je mehr verlieren sämtliche Versicherte aller angeschlossenen Institutionen ihr eingebrachtes Geld.
- ① Wenn die Liquidation rechtskräftig ist, kann die Kreditabrechnung vorgenommen werden.

Christian Zeyer (SP): Ich habe eine Frage an den Gemeinderat: Wieso eine Motion, welche Klarheit schaffen will - abschreiben, bevor die Klarheit offengelegt wurde?

Astrid Bärtschi Mosimann (BDP): Zur Frage an Judith Hangartner (parteilos):

Im uns zugestellten Bericht sind die Fragestellungen der Motionärin Colette Nova (SP) aufgelistet.

Ich möchte nicht die Vorredner wiederholen. Ich bin nicht zufrieden. Ganz und gar nicht zufrieden. Aus den Gründen, die uns Colette Nova und Ernst Hirsiger vorhin ausführlich dargelegt haben.

Aber auch aus einem ganz simplen Grund: Es kann, es darf doch einfach nicht sein, dass ein solcher Schaden angerichtet wird, und niemand die Verantwortung dafür übernehmen muss! Ein Schaden von so vielen Millionen Franken, ein Schaden für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Gemeinde, für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler!

Wir alle wissen: Wenn wir bei der Arbeit einen Fehler machen, müssen wir dafür geradestehen, die Verantwortung übernehmen. Es kann sein, dass wir den Fehler gemacht haben, den falschen Leuten zu vertrauen. Es kann sein, dass wir den Fehler gemacht haben, weil wir es nicht besser gewusst haben. Aber auch dann müssen wir hin stehen und sagen, es war ein Fehler.

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht um strafrechtliches Verhalten. Es geht wahrscheinlich auch längst nicht mehr darum, ob für die Gemeinde noch von irgendjemandem Geld zu holen ist, in dem man Schadenersatzansprüche geltend macht. Aber es geht um den moralischen Aspekt! Ich will, dass jemand hin stehen und sagen muss, es war mein/unser Fehler und es tut mir/uns leid!

Aus diesem Grund bitte ich euch, Colette Nova (SP) zu folgen, und die Motion nicht abzuschreiben. Ich werde es tun, denn das sind wir den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Bürgerinnen und Bürgern dieser Gemeinde schuldig!

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Ich bin kein Finanzexperte und auch kein Jurist. Von Amtes wegen als 2. Vizepräsident bin ich da "rein gerutscht", der Gemeindepräsident sowie die 1. Vizepräsidentin müssen bei diesem Geschäft in den Ausstand treten.

① Zur Aussage von Ernst Hirsiger (SVP): Der Gemeinderat hat die Bremse angezogen...

Hier haben wir die klassische Situation: Wer ist das Ei; wer ist das Huhn? Oder was war zuerst und was war nachher gewesen? Der Gemeinderat hat die Bremse nicht angezogen. Wir haben immer wieder versucht, das Geschäft zufriedenstellend zu erledigen. Der Gemeinderat hat die ihm zur Verfügung stehenden Mittel soweit sinnvoll ausgeschöpft. Die obigen Ausführungen sowie die Gutachten von Rechtsanwältin Isabelle Vetter legen dar, dass alle anderen Massnahmen mangels Rechtsgrundlage nicht umsetzbar sind oder zumindest einer Abwägung zu den Prozessaussichten nicht standhalten.

Der Gemeinderat ist sich seiner Pflichten gegenüber den Arbeitnehmenden, sowie den Steuerzahlenden bewusst. Das Bedürfnis nach finanziellem Ersatz für die Gemeinde und Transparenz über die Vorkommnisse rund um die Unterdeckung der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) wurden vom Gemeinderat in seinen Abwägungen stark gewichtet. Aufgrund der rechtlichen Ausgangslage und den eindeutigen Ergebnissen der eingeholten Rechtsgutachten sieht sich der Gemeinderat jedoch gezwungen, von weiteren Massnahmen zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen Abstand zu nehmen. Das Prozessrisiko und damit einhergehend das finanzielle Risiko für Ostermundigen ist insgesamt als zu hoch einzustufen.

Fazit

Auch für mich handelt es sich hier um eine unendliche Geschichte.

Dorothea Züllig von Allmen (GLP): Besten Dank den Votanten Colette Nova (SP) und Ernst Hirsiger (SVP). Ich schätze es sehr, dass diese langjährigen Parlamentsmitglieder ihr Fachwissen einbringen und hartnäckig "am Ball bleiben". Eine Verständnisfrage liegt mir vor:

- Der vielfältige Auftrag an den Gemeinderat beinhaltet Gutachten, Schadenersatzforderungen, gerichtliche Klagen, Vergleichsverhandlungen etc.. Uns allen fehlt die Übersicht über den Stand des Geschäftes. Ein gemeinsamer Entscheid (zusammen mit der Geschäftsprüfungskommission) ist ausstehend.
- Der Fragenkatalog von Colette Nova konnte noch nicht abschliessend aufgearbeitet werden.

4. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 17. September 2020

- Wo ist die Motion erfüllt und wo ist sie nicht erfüllt? Hier muss uns Colette Nova (SP) helfen bzw. die bestehenden Lücken aufzeigen.
- Wollen wir weiter Geld ausgeben?

Am Ende des Gutachtens kann nachgelesen werden, dass die Gemeinde Ostermundigen finanziell nichts mehr zurückholen kann; darüber kann man geteilter Auffassung sein. Wir müssen jedoch Farbe bekennen: Wollen wir Klagen einreichen? - "Nägeln mit Köpfen" müssen gemacht werden.

Colette Nova (SP): Ich mache dies im Rahmen des Möglichen gerne. Auch ich musste in den GGR-Protokollen nachlesen. Ein Beschlussesdispositiv liegt nicht vor. Der Wortlaut der Motion wurde abgeändert. Diese Sachverhalte sind bekannt:

- Ein Gutachten liegt nicht vor, da der Zugang zu den Akten fehlt. Uns wurden juristische Schriften von Frau Vetter verteilt.
- Wir wissen heute noch nicht, was grundsätzlich passiert ist. Rein rechtlich ist die Aufarbeitung äusserst schwierig.
- Der Gemeinderat muss neben den rechtlichen Aspekten sich auch anderweitig einsetzen.
- Der Aufarbeitung liegt etwas Moralisches zu Grunde (wie von Astrid Bärtschi erwähnt); die fehlende Transparenz ist für viele Betroffene zu erwirken.

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Ich verstehe den Unmut der Parlamentsmitglieder. Dem Gemeinderat sind in gewissen Dingen die Hände gebunden.

Ich verstehe das Bedürfnis nach Transparenz, dieses liegt auch dem Gemeinderat am Herzen.

Der Gemeinderat will den Rechtsweg nicht beschreiten (geringe Prozessaussichten; mögliche Folgekosten etc.). Das Parlament muss sich dazu bereit erklären, den Rechtsweg nicht einzuleiten. Diese Aussage ist heute Abend noch nicht eindeutig geäussert worden. Der Gemeinderat benötigt vom Parlament einen klaren Auftrag: Wie weiter!

Von Colette Nova (SP) haben wir erfahren, dass ihr das vorliegende Gutachten nicht genügt. Sie erkennt, dass der Gemeinderat auf dem Klageweg nicht weiter kommt. Ihr fehlt eine gröbere Aufarbeitung des Sachverhaltes. Wäre es nicht besser, dazu einen neuen Vorstoss einzureichen? Wie wollen wir die Sache am saubersten bereinigen?

Das Akteneinsichtsrecht wird vom Gemeinderat nicht auf dem Klageweg eingefordert. Haftungsansprüche werden nicht mehr weiter geltend gemacht. Die Kostentreiber sollen eliminiert werden.

Ein klares Statement seitens der Motionäre fehlt dem Gemeinderat. Das Parlament soll klar festhalten, wie weiter mit dem Geschäft. Wir benötigen eine klare Aussage seitens Parlament.

Zur Frage von Judith Hangartner (parteilos) bezüglich Wortlaut der Motion:

- ① In der Berichterstattung von Motionen und Postulate werden die Wortlaute nicht nochmals abgedruckt. Diese werden als bekannt erachtet resp. vorausgesetzt. Im Verwaltungsbericht wird abgebildet, welche parlamentarischen Vorstösse noch hängig sind.

Colette Nova (SP): Auch ich habe mich in den Protokollen über den Stand des Geschäftes ins Bild setzen müssen. Der Prozess ist ziemlich mühsam und ich bitte, den Wortlaut des Vorstosses per Link bekannt zu machen. Diese Dienstleistung würde uns das Leben als Parlamentsmitglied erleichtern.

Zum vorliegenden Geschäft:

- Die Klageeinreichung muss der Gemeinderat wahrnehmen. Die Verjährungsfrist darf nicht ungenutzt ablaufen. Andere rechtliche Mittel müssen vorgängig gesucht werden.
- Das Gutachten muss auf eine andere Art erwirkt werden. Es geht nicht um strafrechtliche Folgen. Das Parlament hat nie eine böswillige Absicht in Erwägung gezogen.

Ernst Hirsiger (SVP): Ich kann mich den Ausführungen von Colette Nova (SP) anschliessen.

- Der Klageweg ist für uns alle der letzte Schritt. Wenn wir anders das Ziel erreichen, ist uns dieser Weg auch recht. Wenn der Gemeinderat keinen klaren Auftrag erhält, passiert offenbar nichts mehr. In diesem Fall setzt sich die SVP-Fraktion für den Klageweg ein (Prozessrisiko hin oder her)!

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 24 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die Berichterstattung über die überparteiliche Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS B-I-O) wird nicht genehmigt und die Motion wird nicht als erledigt abgeschrieben.

10.3.74 Interpellationen
20.9.21 Pensionskasse

329. Überparteiliche Interpellation betreffend Stand der Umsetzung der Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der PVS BIO; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Ist die Erstunterzeichnerin mit gemeinderätlichen Beantwortung zufrieden?

Colette Nova (SP): Ja, ich habe keine Anmerkungen.

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Interpellation betreffend Stand der Umsetzung der Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der PVS BIO wird schriftlich beantwortet.

- - - - - 20 Minuten Pause - - - - -

10.3.72 Motionen

323. Überparteiliche Motion betreffend "Besserer Budget- und Finanzprozess"; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich die Zweitunterzeichnerin zur Berichterstattung äussern.

Colette Nova (SP): Die breit abgestützte, überparteiliche Motion wurde im letzten Jahr im Zusammenhang mit dem Finanzplan und dem Budget eingereicht. Die Unzufriedenheit des Parlamentes gegenüber dem Gemeinderat ist schon längere Zeit feststellbar. Ich möchte auf diese Punkte hinweisen:

- Die Motion ist zu spät traktandiert – sie fordert ja Verbesserungen bereits im Hinblick auf den Finanzplan 2021 bis 2026.
- Wir sind angenehm überrascht, dass der Gemeinderat die Erheblicherklärung vorschlägt.
- Jedoch nicht erfreut bin ich über die Begründung des Gemeinderates.
 - Zuerst arbeitet sich der Gemeinderat am Thema «Eckwerte» ab;
 - dann kommen so vage Begriffe wie «kritischer hinterfragen» und «enger führen»;
 - wir erhalten auch eine anschauliche Beschreibung, wie der Budgetprozess heute abläuft: Offenbar schaut jedes GR-Mitglied nur für sich. Wenn das heute tatsächlich so ist - ich hoffe nicht! - dann ist es noch schlimmer, als wir es uns ausgemalt haben;
 - nachher wird das Pflichtenheft der Finanzkommission zitiert. Danke für die Nachhilfe, das hätten wir allerdings selbst nachlesen können. Und das war nicht gefragt, für einen effizienten Budget- und Finanzprozess ist nämlich der Gemeinderat verantwortlich. Die überparteiliche Motion richtet sich an den Gemeinderat;
 - auf Seite 3 oben wird in etwa der Auftrag wiederholt;
 - das Töpfchen auf dem i ist dann, dass man jetzt schon vom Abschreiben der Motion träumt. Bevor auch nur irgend etwas umgesetzt ist und wir Resultate gesehen haben.

→ Lieber Gemeinderat: Da hast du dich selbst übertroffen!

Die Gemeinde Ostermundigen ist, von der Bilanzsumme her ein mittelgrosses Unternehmen. Sie braucht endlich einen Budget- und Finanzplanungsprozess, eine Steuerung und ein Controlling auch unterjährig, die dieser Grösse angemessen sind. Wie in jedem Unternehmen dieser Grösse!

Ich bitte euch, die überparteiliche Motion erheblich zu erklären.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Ich werde an der nächsten GGR-Sitzung den Finanzplan sowie das Budget 2021 vorlegen. Die Finanzkommission wurde in den Budgetierungsprozess integriert. Die beiden Geschäfte wurden genehmigt. Der Prozess war sehr intensiv und ist gut abgelaufen. Das Resultat wird Ende Oktober 2020 dem Parlament offen gelegt.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 27 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend "Besserer Budget- und Finanzprozess" wird erheblich erklärt.

10.3.72 Motionen

324. Überparteiliche Motion: In zukünftigen Finanzplänen ist die Spezialfinanzierung „Mehrwertabschöpfung“ transparent darzustellen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich der Erstunterzeichner zur Berichterstattung äussern.

Christian Zeyer (SP): Ich habe mich gefreut, dass der Gemeinderat die Motion erheblich erklären will. Die Stellungnahme ist weniger erfreulich. Ich zitiere die Aussage:

... Die Finanzlage der Gemeinde Ostermundigen wurde in beiden Finanzplänen - jeder auf seine Art - korrekt dargestellt. Der überarbeitete Finanzplan vom 19. Dezember 2019 weist jedoch eine grössere Wahrscheinlichkeit auf, dass sich die Finanzsituation in diese Richtung entwickelt.

...

Diese Aussage ist im Bereich der Kryptologie anzusiedeln. Ich wünsche mir, dass zum strukturellen Defizit der Gemeinde Ostermundigen handfestlichere Aussagen gemacht werden. Hier sollen der Ausgang, der Eingang und der Bestand unserer Gemeindefinanzen transparent abgebildet werden.

7)

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 29 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion: In zukünftigen Finanzplänen ist die Spezialfinanzierung „Mehrwertabschöpfung“ transparent darzustellen wird erheblich erklärt.

⁷ **20.30 Uhr:** Die Herren Tamàs und Toggwiler nehmen wieder an der Sitzung teil. Somit sind **30 Ratsmitglieder** anwesend.

10.3.72 Motionen

325. Überparteiliche Motion betreffend Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG); Erheblicherklärung/Ab- lehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich der Erstunterzeichner zur Berichterstattung äussern.

Astrid Bärtschi Mosimann (BDP): Ich habe heute Abend die Ehre, Cédric Luyet (GLP) als Erstunterzeichner der Motion zu vertreten.

Die GLP/BDP-Fraktion möchte an der Überweisung der Motion festhalten und zwar mit folgender ganz einfachen Begründung.

Der Gemeinderat hat mit der Stellungnahme zur Motion zwar die längst fällige Beantwortung der Interpellation aus dem Jahr 2014 geliefert - hierfür bedanken wir uns. Der Auftrag, welcher aus der Motion hervorgeht, lautet allerdings ganz anders:

1. Es wird nicht eine Prüfung zur korrekten Anwendung des FILAGs verlangt!
2. Es wird auch nicht verlangt, dass irgend externe Fachpersonen beigezogen werden.

Es wird ganz simpel verlangt, dass der Gemeinderat Ostermundigen den Regierungsrat Bern um eine Anpassung des Lastenausgleichs ersucht! Mehr nicht.

Als Begründung erwähnen wir - bewusst mit einer unsäglichen Redundanz - dass Ostermundigen eine überdurchschnittlich hohe finanzielle Belastung aufgrund der soziodemographischen Struktur aufweist. Unserer Meinung nach nimmt Ostermundigen betreffend sozialer Integration und Unterstützung überregional eine Zentrumsfunktion wahr und bewältigt diese Aufgabe mit hoher Qualität und Erfolg. Der Kanton sollte deswegen unsere Gemeinde finanziell mittels Anpassung des Lastenausgleichs vermehrt unterstützen.

Laut Gesetz besteht für ein Gemeinderat die Möglichkeit vom Regierungsrat angehört zu werden. Nur dies und nicht mehr verlangt die Motion. Diese abzulehnen aus Begründung, dass die offenen Fragen aus dem Jahre 2014 beantwortet wurden und dass es hierfür eine externe Fachperson benötigt, ist absolut unverständlich. Der Aufwand sowohl zeitlich wie finanziell hinter dem Auftrag ist klein und der potentielle Nutzen gross. Zudem ist es überhaupt nicht abwegig Hilfe beim Kanton zu verlangen. Andere Gemeinde habe es auch erreicht und last but not least, das gleiche Vorgehen erfolgt zur Zeit auf Ebene Kanton - Bund, da Frau Regierungsrätin Simon ebenfalls eine Anpassung des Lastenausgleichs auf Bundesebene initiiert hat.

Übrigens: Wahrscheinlich ist die einzige valable Alternative, um aus dem Teufelskreis des strukturellen Defizits zu gelangen, die Fusion mit der Stadt Bern. Sicher ist eine Fusion nicht nur fiskalisch interessant, sondern bietet weitreichende Vorteile sowohl für unsere Gemeinde wie für Bern. Aber betreffend des strukturellen Defizits, sollte nicht nur auf den Trumpf der Fusion gesetzt werden, sondern alle möglichen Register gezogen werden.

Die GLP/BDP-Fraktion bittet euch, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Grossen Gemeinderat mit dieser Begründung, die Motion als erheblich zu erklären und zu überweisen.

Wir halten an der Überweisung der Motion fest.

Colette Nova (SP): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion unterstützt die Anliegen der Unterzeichnenden ebenfalls. Hier wird lediglich eine politische Intervention seitens der Behörden von Ostermundigen verlangt. Wir sollten dies gut und effizient erledigen; wir haben gute Elemente anzubringen. Wir müssen den Versuch starten.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) wird begründet und erheblich erklärt.

10.3.72 Motionen

326. Überparteiliche Motion betreffend „Finanzen der Gemeinde Ostermundigen: Analyse, Strategie und Prozesse“; Erheblich-erklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Der Departementsvorsteher Finanzen/Steuern hat das Geschäft für weitere Abklärungen zurückgezogen.

10.3.72 Motionen

327. Überparteiliche Motion betreffend Klimaschutz als Querschnittsthema; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich der Erstunterzeichner zur Berichterstattung äussern.

1. Vizepräsident Adrian Tanner (Grüne): Besten Dank dem Gemeinderat und der Abteilung Hochbau für die ausführliche Beantwortung der Motion. An vielen Punkten hatte ich Freude - *der Gemeinderat ist sich der Bedeutung der Thematik bewusst und ist deshalb gerne bereit, diese Massnahme umzusetzen* (siehe Punkt 1 der Stellungnahme). Auch die politischen Entscheide werden vom Gemeinderat angedeutet. Auf Seite 3:

... Dies bedeutet, dass zusätzliche personelle oder finanzielle Ressourcen notwendig sind und teilweise zeitliche Verzögerungen in Kauf genommen werden müssen. ...

... Denn oftmals sind bessere Lösungen mit höheren Kosten verbunden. ...

Massnahmen werden aufgezählt. Das Problem liegt darin, dass die Massnahmen nicht ausreichend sind. Ich habe in der Pause die Klimazeitungen aus dem letzten Jahr eingesehen. Interessierten gebe ich gerne ein Exemplar ab.

Wir sind nahe daran, die VIP-Punkte - zum Beispiel wird in der Antarktis Methan im Permafrost aufgetaut, welches bis zu 25 Mal stärker als Treibhausgas ist als CO₂. Ich bin kein Klimawissenschaftler und gehe nicht weiter ins Detail.

Im Vorfeld habe ich allen Parlamentsmitgliedern meinen Vorschlag (Änderungsantrag) elektronisch zugestellt. Ostermundigen befindet sich im Nanobereich. Ostermundigen hat nur einen kleinen Einfluss auf das Klima. Aber nichts desto trotz sollte jeder in seinem Umfeld tätig werden. Wenn wir mit unserem Handeln noch andere überzeugen können, dann haben wir bereits viel erreicht.

Ich möchte im **Wortlaut** noch die folgenden **Änderungen** anmerken:

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Massnahmen zu ergreifen:

Punkt 3: (Eine Klima- und Umweltschmission zu schaffen, die Geschäfte, und insbesondere solche die dem GGR vorgelegt werden sollen, auf ihre ökologischen und klimarelevanten Auswirkungen prüft) wird als Postulat überwiesen.

Punkt 6 wird folgendermassen abgeändert: Die nötigen Massnahmen zu treffen, um bis Ende 2024 2028 die Auszeichnung Energiestadt Gold zu erhalten.

Die Finanzkommission prüft die Geschäfte von der finanziellen Seite. Die Seite resp. Perspektive "Umwelt" wird nicht geprüft. Doch es ist wichtig, dass diese Themen frühzeitig beigebracht und geprüft werden. Vielfach werden die Umweltaspekte bei der persönlichen Entscheidung Findung ausser Acht gelassen. Doch diese Perspektive ist bei den Überlegungen sehr wichtig.

→ Ich bin bereit, den Punkt 3 in ein Postulat umzuwandeln.

Wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt wird, so ist das der politische Wille. Dann wird mindestens ein Kübel Wasser auf das Feuer gegossen. Das Haus wird jedoch weiter brennen.

Yannick Buchter (SVP): Ich habe beim Lesen der Motion den 1. Unterzeichner sofort erkannt. Das ist in Ordnung und das Thema "Klima" muss an die Hand genommen werden. Ich stelle mir immer wieder die Frage, in welchem Gremium soll über welches Thema diskutiert werden? Immer wieder höre ich von Ostermundigen Bürgerinnen und Bürger das Votum: Hört auf im Grossen Gemeinderat (GGR) Weltpolitik und Schweizer Politik zu machen. Der GGR hat genügend regionale Themen zu beraten.

Wir sollten solide Gemeindepolitik machen und nicht die Welt verbessern. Wenn die Welt als "Einfamilienhaus" bezeichnet wird, dann ist die Schweiz nicht ein Zimmer von diesem Einfamilienhaus. Die Schweiz hat in etwa die Grösse einer Briefmarke. Wird diese Briefmarke auf die Grösse von Ostermundigen reduziert, dann sind wir nicht einmal einen Zacken der Briefmarke. Und aus diesen Grössenverhältnissen finde ich es übertrieben, hier solche "Weltthemen" zu beraten.

Nichts desto trotz - die SVP-Fraktion ist bereit, den Weg des Gemeinderates zu unterstützen und wir können einem "Postulat" zustimmen. Im Sinne der Nachhaltigkeit bringt es der Gemeinde Ostermundigen letztendlich mehr.

Bettina Fredrich (SP): Ich möchte auf das Votum von Yannick Buchter (SVP) reagieren: Beim Thema "Klima" wird lokales/globales Denken und Handeln als Entscheidung vorausgesetzt. Wenn die Schweiz nur ein Zacken dieses Hauses ist, dann ist der Fussabdruck dieses Zacken um einiges grösser als von ganz grossen Ländern dieser Welt.

Christian Zeyer (SP): Der Vergleich "Zacken" oder "Promille" etc. ist für mich sehr fragwürdig. Vor allem bei den Steuern könnte gleich argumentiert werden: Meine Steuern sind für Ostermundigen nur einen kleinen Zacken - ich bezahle die Steuern nicht; auf diesen Steuerbeitrag kommt es letztendlich nicht drauf an. Diese Argumentation finden wir alle hier im Telsaal nicht so gut.

Dorothea Züllig von Allmen (GLP): Adrian Tanner (Grüne) ist das Parlamentsmitglied, welches den weltpolitischen Aspekt in den Telsaal bringt. Er zitiert europäische Richtlinien, welche uns fremd sind. Doch letztendlich äussert er sich ständig zu diesen Themen. Ich schätze diese Voten. Ich persönlich unterstütze die Motion. Ostermundigen ist zurzeit mit dem Schnellzug unterwegs. Wir wissen zwar nicht in welche Richtung. Wir bauen extrem und wir verlassen die Schlafstadt. Auch beim Thema "Klima" müssen wir vorwärts machen. Wir wollen alle weiterkommen.

Zur Schaffung einer Kommission: Auch diese Kommission benötigt Personen resp. Mitglieder mit Fachwissen zum Inhalt des Themas. Also bitte Parlamentsmitglieder, wählt resp. akquiriert

Personen, welche die Themen kennen und sich damit auseinandersetzen. Sorgt für die Vernetzung untereinander. Wir wollen wirklich vorwärtskommen. Die Kommissionen haben fähige Kommissionsmitglieder dringend notwendig.

Silvia Fels (EVP): Ich habe die Motion als letztjährige GGR-Präsidentin nicht mitunterschreiben können. Ich hätte die Motion jedoch auch unterschrieben.

Die EVP/CVP-Fraktion unterstützt die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Der Punkt 3 ist auch für uns wichtig. Wir haben den Willen des Gemeinderates gespürt, dass er dieses Anliegen an die Hand nehmen will.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Ich schlage eine kurze Pause vor, damit sich die Unterzeichnenden über die Umwandlung der Motion in ein Postulat beraten können.

----- 5 minütige Pause -----

1. Vizepräsident Adrian Tanner (Grüne): Ich stimme der Umwandlung in ein Postulat nicht zu. Ich schlage eine **Wortlautänderung** bei Punkt 6 vor:

Die nötigen Massnahmen zu treffen, um bis Ende 2024-2028 die Auszeichnung Energiestadt Gold zu erhalten.

Der Punkt 3 des Wortlautes ist ersatzlos zu streichen:

~~*Eine Klima- und Umweltkommission zu schaffen, die Geschäfte, und insbesondere solche die dem GGR vorgelegt werden sollen, auf ihre ökologischen und klimarelevanten Auswirkungen prüft.*~~

Gleichzeitig werde ich ein dringliches Postulat zu diesem Thema einreichen.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Liegen weitere Wortmeldungen vor?

Christian Zeyer (SP): Mir stellt sich noch eine prozedurale Unklarheit.

- Was passiert mit Punkt 3 des Wortlautes?
- Ist der Gemeinderat bereit, diesen Punkt 3 als dringliches Postulat entgegen zu nehmen?
- Die Abhandlung der überparteilichen Motion sowie dem dringlichen Postulat hat an der gleichen GGR-Sitzung stattzufinden.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Entschuldigung Christian, ich muss deinem Votum widersprechen. Der Motionär hat bei der Abänderung den Punkt 3 des Wortlautes ersatzlos gestrichen. Dieser Sachverhalt kann mit der Dringlichkeit des Postulates nicht verknüpft werden.

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Wortlaut der Motion (Punkt 3 und Punkt 6) wird wie erwähnt abgeändert.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 20 zu 8 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend Klimaschutz als Querschnittsthema wird begründet, im Wortlaut geändert und erheblich erklärt.

10.3.72 Motionen

328. Überparteiliche Motion betreffend Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen; Erheblicherklärung/Ablehnung/Umwandlung in Postulat

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich der Erstunterzeichner zur Berichterstattung äussern.

1. Vizepräsident Adrian Tanner (Grüne): Besten Dank für die verfasste GGR-Botschaft. Die Transparenz gehört auch zu diesem Thema. Zur Antwort des Gemeinderates:

Seite 3 - Kap. 2.2 Beeinflussung allgemein gering

... Bisher wurden jedenfalls keine exzessiven Werbeaktivitäten festgestellt und die Frage...

Es ist eine subjektive Beurteilung: was ist exzessiv?

Seite 3 - Kap. 2.4 Beeinflussungspotential bei kommunalen Abstimmungen gering

... Die Stimmenden werden sich von ihrer gefassten Meinung nicht durch grosse und teure Werbekampagnen abbringen lassen.

Auch hier liegt eine subjektive Beurteilung vor: Was ist eine grosse und teure Werbekampagne? Eine nationale Abstimmung kann nicht mit einer kommunalen Abstimmung verglichen werden.

Offenbar haben wir alle das Gefühl, dass die Werbeplakate einen Nutzen bringen; ansonsten würden wir diese nicht aufstellen lassen.

Ich halte an der eingereichten Motion fest.

Ernst Hirsiger (SVP): Das Thema der Motion "transparente Parteifinanzierung" ist momentan sehr aktuell. Die eidgenössischen Räte haben heute über dieses Thema ebenfalls diskutiert. Die Parteienfinanzierung in der Gemeinde Ostermundigen ist transparent. Wie gross die Wahlbudgets sind, ist bekannt. Die Parteien leben primär von den Mitgliederbeiträgen und seltenen Spenden. Wir unterstützen den Vorstoss nicht.

Myriam Zürcher (EVP): Der erste, eigentlich ganz natürliche Gedanke als EVP-Parlamentarierin ist „Wer nichts zu verstecken hat, der hat auch nichts gegen Transparenz“.

Was auf nationaler Ebene betreffend Transparenz wünschenswert und erstrebenswert ist, und wofür sich auch die EVP-Parlamentsmitglieder schon öfters stark gemacht haben, ist nicht dasselbe wie auf kommunaler Ebene. Die EVP/CVP-Fraktion sieht in dieser Vorlage vor allem eine Menge Mehraufwand, um dann doch nicht viel „aufdecken“ zu können, was systemrelevant sein könnte.

Vor allem möchten wir die Menschen, welche sich für eine politische Tätigkeit in unserem Milizsystem zur Verfügung stellen, nicht mit zusätzlicher, wenig hilfreicher Arbeit noch mehr belasten. Eher wollen wir fördern, dass die Arbeit, welche ohnehin immer wieder ansteht, fürs Wohl vom Dorf möglichst einfach und unkompliziert gemacht werden kann.

In diesem Sinne wird die EVP/CVP-Fraktion die überparteiliche Motion ablehnen.

Bettina Fredrich (SP): Ja, Transparenz kennt viele Seiten. Mehrarbeit für Parteien und Parlament? Die Bevölkerung hat ein echtes Bedürfnis zu wissen, wie viele Franken von wo zu wem bei diesem Thema fliessen. Aus diesem Grund gibt es zurzeit die verschiedenen Kantonsinitiativen und diese werden überraschend angenommen.

In der vorliegenden Botschaft sind ein paar vage Ausdrücke (z. B. ... *Beeinflussungspotenzial von Spendengeldern dürfte eher gering sein ... Bisher wurden jedenfalls keine exzessiven Werbeaktivitäten festgestellt* ...) nach zu lesen. Also können wir die Offenlegung ohne Probleme vornehmen. Die monatlichen Kosten von 500 Franken sind auch kein gutes Argument gegen die Transparenz.

Die Schweiz wurde International bereits mehrmals für ihre Transparenz gerügt. Wir können als Gemeinde Ostermundigen als gutes Beispiel vorangehen und die Finanzierung offenlegen. In der Stadt Bern findet in zwei Wochen eine Volksabstimmung zu diesem Thema statt. Die Parteien sind dort offensiv und haben ihre Aufwendungen offengelegt. Wir von der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion haben dies auch gemacht. Folgt dem Beispiel nach dem Motto: Wer nichts zu verstecken hat.

Christian Zeyer (SP): Ich möchte noch mehr Erklärungen zu den jährlichen 5'000 bis 7'000 Franken an Kosten (Botschaft Kapitel 2.7). Wie sind diese Kosten zustande gekommen?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Das ist eine Schätzung seitens der beiden Abteilungen Öffentliche Sicherheit und Präsidiales. Wir sprechen nicht nur von Publikationskosten. Auch eine Überprüfung der gemachten Angaben muss vorgenommen werden. Hier können wir von einer "Handgelenk mal Pi"-Rechnung sprechen. Es liegt keine genaue resp. wissenschaftliche Berechnung vor.

Yannick Buchter (SVP): Zum Votum von Bettina Fredrich (SP) betreffend „Rügen der Parteien im Ausland“ möchte ich anmerken, dass die Nachbarstaaten ein staatliches Parteifinanzierungssystem haben. Aus diesem Grund wird die Transparenz dermassen hochgehalten.

Astrid Bärtschi Mosimann (BDP): Zum Votum von Bettina Fredrich (SP): Wir haben im Parlament schon oftmals lange über 10'000 Franken für die "Aufgabenhilfe" diskutiert. Da sind 500 Franken pro Monat nicht vernachlässigbar.

Die Abteilung Präsidiales hat schon seit längerer Zeit zu wenig personelle Ressourcen. Wenn diese Aufgabe die personellen Ressourcen beansprucht, dann muss dieser Sachverhalt ebenfalls in Betracht gezogen werden.

Christian Zeyer (SP): Viele Schätzungen und Unklarheiten liegen vor. Statt einer Ablehnung der Motion sollten wir eine Umwandlung in ein Postulat in Betracht ziehen. Der Gemeinderat ist der Auftrag zu erteilen, die Angelegenheit nochmals zu prüfen und uns eine schlanke Version vorzustellen.

Denis Toggwiler (GLP): Ich bin auch für Transparenz. Doch wie tief soll die Transparenz gehen? - Was verstehen wir genau unter "Transparenz"?

1. Vizepräsident Adrian Tanner (Grüne): Die Gesamtsumme einer Wahlkampagne soll pro Partei oder Liste offen gelegt werden. Eventuell wird auch das Jahresbudget einer Partei bekannt gegeben. Auch Einzelspenden über 5'000 Franken pro Jahr sollten offen gelegt werden. Ich gehe zwar davon aus, dass keine solch grossen Spenden zu verbuchen sind.

Das Budget der Grünen für die diesjährigen Wahlen beläuft sich auf rund 5'300 Franken.

Eine Bemerkung zur Finanzierung seitens der SVP-Fraktion:

Wenn wir uns in einer Firma einkaufen und diese eine Spende an die SVP vornimmt, ja dann habe ich auf keine Freude. Dann haben wir hier das gleiche Problem.

Bettina Fredrich (SP): Zum Statement von Astrid Bärtschi (BDP): 500 Franken für Transparenz und Offenheit - ein Bedürfnis der Bevölkerung - ist berechtigt. Es ist richtig, wir kämpfen andauernd um Geldquellen. Aber hier diskutieren wir über ein Anliegen, das nicht nur die Gemeinde Ostermundigen sondern die ganze Schweiz betrifft.

1. Vizepräsident Adrian Tanner (Grüne): Die Umwandlung in ein Postulat hat das Parlament zu beraten.

Hans Peter Friedli (SVP): Wir sprechen von 500 Franken pro Monat. Wir wollen den Jahresbedarf resp. den Aufwand der Gemeinde Ostermundigen pro Jahr wissen. Die Voten von Seiten SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion sind irreführend!

Colette Nova (SP): Es lohnt sich, den Wortlaut des Vorstosses zu lesen. Dieser ist verbindlich - die Begründung ist die Begründung. Der Wortlaut ist verbindlich. Wichtig ist die Offenlegung der Finanzierung von Parteien. D. h. die Einnahmeseiten der Parteien sollen offen gelegt werden. Als dann geht es um Wahl- und Abstimmungskampagnen auf kommunaler Ebene. Dieser Sachverhalt ist bereits schwieriger. Ein überparteiliches Komitee müsste separat begutachtet werden.

Gefordert wird von den Motionären ein Reglement. Mit welchem Inhalt? Ab welcher Spenderhöhe müssen wir aktiv werden? Wenn wir die vorliegende Motion erheblich erklären, dann hat der Gemeinderat uns einen Vorschlag resp. Entwurf eines Reglements zu machen. Letzt-

endlich wird das Parlament über die Einführung dieses Reglements entscheiden. Heute definieren wir noch nicht die Spende Höhen (50 oder 500 Franken). Wir erteilen dem Gemeinderat lediglich einen Auftrag. Der Entwurf des Reglements können wir überarbeiten.

Dorothea Züllig von Allmen (GLP): Die Frage von Adrian Tanner (Grüne) an uns lautet: Können wir ein Postulat gutheissen? Ich kann diesem Sachverhalt zustimmen. Es wird ein guter Weg eingeschlagen und der Gemeinderat nimmt sich dem Thema an. Der Souverän der Stadt Bern wird bereits Ende September 2020 über dieses Thema abstimmen.

Silvia Fels (EVP): Die EVP/CVP-Fraktion unterstützt den gemeinderätlichen Antrag. Wir können ein Postulat ebenfalls nicht unterstützen. Die Gemeinde Ostermundigen muss hier keine Pionierrolle einnehmen. Der Entscheid der Stadt Bern sowie nationale Entscheide sind abzuwarten.

1. Vizepräsident Adrian Tanner (Grüne): Ich **beantrage** dem Parlament die Umwandlung der überparteilichen Motion in ein überparteiliches Postulat.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. In diesem Fall stimmen wir über das "überparteiliche Postulat" ab.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 14 zu 13 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen wird begründet, in ein überparteiliches Postulat umgewandelt und erheblich erklärt.

10.3.74 Interpellationen

330. Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften: Armutsbekämpfung in Ostermundigen nach der Corona-Krise; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Ist die Erstunterzeichnerin mit gemeinderätlichen Beantwortung zufrieden?

Bettina Fredrich (SP): Ja, besten Dank für die Beantwortung der Interpellation. Ich habe diese gelesen und bin mit vielem einverstanden. Es ist richtig, dass sich das Ausmass der Krise erst in Zukunft zeigen wird. Die wirtschaftliche Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren verlangsamen und es wird schwierig werden, Personen, welche ausgesteuert sind, wieder in die Arbeitswelt zu reintegrieren. Die Herausforderungen werden noch eintreffen.

Wie kann sich die Gemeinde Ostermundigen vorbereiten?

- Verdrängen ist eine schlechte Strategie. Es ist dringend notwendig, die Diskussionen über die Ressourcen und Fallbelastung im Sozialdienst offensiv und transparent an die Hand nimmt.
- Parallel soll die Gemeinde Ostermundigen für den Aufbau von niederschweligen Arbeitsplätzen in der Verwaltung sorgen.
- Kurzfristig hat der Abbau gemäss SKOS geholfen. Der Schlüsselwert bleibt die Erreichbarkeit für armutsgefährdeten und armutsbetroffenen Personen. Hier besteht eine Lücke.
- Es ist gesamtschweizerisch ein grösseres Engagement gefordert.

Allgemeine Bemerkung zu Corona:

Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion hat im Mai verschiedene politische Vorstösse zum Thema eingereicht. Es ist mir schleierhaft, wieso der Gemeinderat diese Vorstösse als nicht dringlich eingestuft hat. Vorausschauende Schadensbegrenzung sieht aus meiner Perspektive anders aus.

B e s c h l u s s

Die dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften: Armutsbekämpfung in Ostermundigen nach der Corona-Krise wird schriftlich beantwortet.

331. Orientierungen des Gemeinderates

50.6.33 Krankheiten, Epidemien

a) Corona-Pandemie; Berichterstattung Situation Ostermundigen

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Heute Morgen hat der Gemeindeführungsausschuss getagt. Momentan sind wir auf "Stand by". Wir haben verschiedene Szenarien besprochen:

- ① Die Verwaltung soll vermehrt auf Videokonferenzen setzen. Beim Werkhof, Sozialdienst, Polizeiinspektorat ist Homeoffice nur schlecht einsetzbar.
- ① Politik:
In der Vorbereitung zur heutigen GGR-Sitzung wurde die Frage einer virtuellen Sitzungsdurchführung aufgeworfen. Aus übergeordneter, rechtlicher Sicht ist das nicht möglich. Virtuell geführte Kommissionssitzungen sollten möglich sein.
- ① Schule:
Hier sind wir betreffend Ansteckungsrisiko stark gefordert.
- ① Gewerbe:
Der Gemeinderat hat die genannten Vorstösse letzten Dienstag beantwortet. Alle Restaurationsbetriebe mit "Aussenbestuhlung" setzen dies seit geraumer Zeit um. Das lokale Gewerbe hat von der Gemeinde Ostermundigen Aufträge von über 80'000 Franken erhalten.
- ① Wie geht es den Altersheimen, Spitex etc.?
Dem Gemeinderat besorgt sich über den Zustand, dass die Vereine an ihre Grenzen stossen. An der KOVE hat lediglich eine politische Partei teilgenommen. Dieser Sachverhalt ist sehr bedauerlich.

Corona ist noch lange nicht vorbei und die Folgeschäden werden wir in einem oder zwei Jahren definitiv erkennen.

10.13.91 Zusammenarbeitsformen

b) Kooperation Bern (Fusion); Berichterstattung

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Medienmitteilung des Gemeinderates vom 21. August 2020 wurde allen zugestellt. Es gibt nichts mehr zu ergänzen. Ziel des Gemeinderats ist es, das Geschäft am 17. Dezember 2020 dem GGR vorzustellen. Der Fahrplan ist nach wie vor sehr sportlich. Wir sind bemüht, sämtliche Anforderungen in der Botschaft zu erfüllen.

40.3.10 Regionaler Verkehr

c) Mobilitätsangebot "mybuxi"; Berichterstattung

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ein Flyer liegt auf dem Tisch beim Eingang auf. Mybuxi ist ein klassisches "Start up". Wie können wir das Worblental besser erschliessen? Erste Erfahrungen sollen zeigen, wie das Thema weiterverfolgt werden soll. Die ÖV-Qualität wird verbessert.

In der Zwischenzeit konnte auch eine erste E-Tankstelle an der Bahnhofstrasse 20 errichtet werden. Mit Mybuxi wird auch die Digitalisierung herausgefordert: Mybuxi funktioniert nur mit der entsprechenden App. Die ältere Bevölkerung ist unter Umständen noch nicht bereit, mit diesem App zu arbeiten.

10.2.21 Petitionen

d) Petition „Zukunft für das Reisezentrum Ostermündigen“; Beantwortung vom 14. Juli 2020

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die BLS-Verkaufsstelle kann nicht offengehalten werden. Dies hat die BLS im Juli 2020 dem Gemeinderat schriftlich mitgeteilt. Wir müssen diesen Sachverhalt zur Kenntnis nehmen.

Der Corona Virus hat die Situation im öffentlichen Verkehr sicher nicht verbessert.

Gemäss Artikel 44 „Gemeindeordnung“ ist der Grosse Gemeinderat über das Anliegen und die Antwort zu orientieren. Dies erfolgt mit der heutigen Berichterstattung.

10.3.74 Interpellationen

e) Überparteiliche Interpellation betreffend Führungsmängel in der Gemeinde Ostermundigen und deren finanzielle Auswirkungen; verspätete schriftliche Beantwortung; eingereicht 19.12.2019

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Das Geschäft wird im 29. Oktober 2020 dem GGR vorgestellt resp. beantwortet. Die GGR-Botschaft hat der Gemeinderat am letzten Dienstag verabschiedet.

10.3.72 Motionen

f) Überparteiliche Motion betreffend externe Unterstützung zu den Mitteln, die Ostermundigen im Zusammenhang mit der Sanierung und der Liquidation der PVS BIO zustehen; verspätete Beantwortung; eingereicht 19.12.2019

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Ich informiere betreffend die verspätete Beantwortung der beiden Vorstösse gleichzeitig:

→ Überparteiliche Motion betr. externe Unterstützung zu den Mitteln, die Ostermundigen im Zusammenhang mit der Sanierung und der Liquidation der PVS BIO zustehen

und

→ Überparteiliche Interpellation betr. Mittel, die Ostermundigen aus der Sanierung und der Liquidation der PVS BIO zustehen

Der Gemeinderat ist bemüht, die Vorstösse zu behandeln. Die Umsetzung bzw. Behandlung der Geschäfte ist aber aufgrund derer Verknüpfung herausfordernd. Ich kann orientieren, dass eine erste Offerte eingeholt wurde. Der Gemeinderat ist bestrebt, die Geschäfte an der Dezember-Sitzung zu behandeln.

10.3.74 Interpellationen

g) Überparteiliche Interpellation betreffend Mittel, die Ostermundigen aus der Sanierung und der Liquidation der PVS BIO zustehen; verspätete schriftliche Beantwortung

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Siehe mein vorangehendes Votum unter Punkt f).

10.3.74 Interpellationen

h) Überparteiliche Interpellation betreffend Abfall, insbesondere Abfalltrennung an öffentlichen, neuralgischen Punkten in Ostermundigen und Mehrweggeschirr an Veranstaltungen; verspätete schriftliche Beantwortung; eingereicht 20.02.2020

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Infolge Stellenwechsels der Dienststellenleiterin Abfall und der momentanen nicht Besetzung der Stelle - diese wurde bereits vier Mal ausgeschrieben - sowie eines mehrwöchigen Ausfalls des Departementsvorstehers, konnte die Interpellation noch nicht beantwortet werden. Die Erstunterzeichnerin wurde vorgängig orientiert. Die Beantwortung erfolgt an der Dezember-Sitzung.

42.3.43 Abwasseranlagen; Öffentlich, Unterhalt (früher: 42.313)

i) Abwasserentsorgung: Perimeter Rörswilstrasse; Genehmigung eines Investitionskredits; Beantwortung offene Fragen (GGR 25.6.2020)

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Die Fragen von Christian Zeyer (inkl. Beantwortung) werde ich an dieser Stelle zuhanden des Protokolls wiedergeben:

- *Wie alt sind die Abwasserleitungen in diesem Perimeter, dass diese bereits ersetzt werden müssen?*

Die Abwasserleitungen im vorderen Bereich Seite Bernstrasse wurden 2007/2011 ersetzt. Die Leitungen im hinteren Bereich Seite Wiesenstrasse sind wesentlich älter und somit sanierungsbedürftig.

- *Wie verhält sich der Zusammenhalt mit der „Räumlichen Entwicklungsstrategie“ bzw. mit der Raumplanung in den nächsten 15 Jahren?*

Die Gemeinde Ostermundigen hat sich in den letzten 20 Jahren stark verändert und dies wird sich in den nächsten 20 Jahren vermutlich fortsetzen. Um diese möglichen Veränderungen und deren Auswirkungen auf die Siedlungsentwässerung greifbar zu machen, wird periodisch eine Generellen Entwässerungsplanung (GEP) durchgeführt, welche einen Zeithorizont von 15 bis 20 Jahren hat. Hier werden, aufgrund der Erkenntnisse zum Zeitpunkt der Erstellung des GEP, Massnahmen definiert.

Sämtliche Massnahmen welche in den letzten Jahren im Abwasserbereich Ostermundigen umgesetzt wurden, basieren auf dem GEP von 2001. So auch die bereits sanierten Leitungen in der Rörswilstrasse. Die Massnahmen werden kontinuierlich überprüft und ggf. angepasst.

In der derzeitigen Überarbeitung für das GEP 2020/21, welches sich zur Zeit in der Endphase befindet, werden erneut Prognosen erstellt für die nächsten 15 Jahre. Hier sind auch die grösseren künftigen Projekte, die innere Verdichtung und O'mundo (mit den drei Zentralen Baustellen), soweit heute bekannt und ersichtlich, eingeflossen. Die notwendigen Massnahmen werden auch hier wieder definiert, um den Auswirkungen - insbesondere der inneren Verdichtung - Rechnung zu tragen.

- *Ist die Erweiterung eine Überraschung?*

Die Erweiterung ist insofern eine Überraschung, als dass im GEP 2011 mit weniger Sauberwasseranteil gerechnet wurde, welches in die Schmutzwasserkanalisation eingeleitet wird. Eine Versickerung ist hier nicht möglich, da die Siedlung in Sandstein gebaut wurde. Der Kanton Bern (AWA) hat seit kurzem die neue Philosophie, dass das Regenabwasser von begehbaren Terrassen und Balkonen nicht mehr in den Vorfluter entwässert werden darf. Dies führte beim Plateaux de Berne nun zur Situation, dass wir eigentlich ein Trennsystem haben (Schmutzwasserleitung in die ARA Worblental und die Sauberwasserleitung in die Worble), dies aber gemäss AWA nicht nutzen können. Das hat zur Folge, dass die im Jahr 2007/2011 auf der Basis GEP 2001 sanierten Leitungen zu klein sind.

- *Wie viel kommt noch auf uns zu?*

Basis wird das überarbeitete GEP 2020/2021 sein. Hier werden die Massnahmen der künftigen inneren Verdichtung, Tram, O'mundo mit den drei Zentralen Baustellen, sowie weiterer zukünftiger Überbauungen aufgezeigt. Es werden weiterhin grössere Massnahmen notwendig sein, damit das Abwassernetz von Ostermundigen - welches an manchen Stellen überlastet

ist - künftig seine Funktion weiterhin gerecht wird und auch Grossregenereignisse entwässert werden können. Hier wird es essentiell sein, dass Ostermündigen seine Strategie mit der Versickerungspflicht und/oder von Retentionsmassnahmen weiterhin verfolgt und die Vorgaben des GEP eingehalten werden. Damit kann sichergestellt werden, dass das Abwassersystem weiterhin funktioniert und entlastet werden kann.

10.3.74 Interpellationen

j) Überparteiliche Interpellation betreffend Parkplatzbewirtschaftungssystem Migros Ostermundigen und weitere Einkaufszentren; verspätete schriftliche Beantwortung; eingereicht 20.02.2020

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Die Interpellation soll an der nächsten GGR-Sitzung traktandiert werden.

10.3.72 Motionen

k) Volksmotion: Wir brauchen einen Quartiertreff - für eine lebendige Nachbarschaft; eingereicht 22.06.2020; verspätete Beantwortung

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Die Volksmotion soll ebenfalls an der nächsten GGR-Sitzung traktandiert werden. Viele Abhängigkeiten müssen noch geklärt werden. Das Ganze ist sehr komplex. Wir geben resp. tun unser Möglichstes.

Die Erstunterzeichnerin wurde ins Bild gesetzt. Sie ist mit Vorgehen soweit einverstanden.

Ratspräsident Hans Wipfli (SVP): Ich verlese die parlamentarischen Neueingänge von heute Abend:

- Volksmotion betreffend „sichere Schulplätze in Ostermundigen
- Motion GLP/BDP-Fraktion betreffend Änderung des Wahl- und Abstimmungsreglements (WAR)
- Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Kompensation für Pensionskassen-Sanierungsbeiträge der Gemeindemitarbeitenden
- Dringliches Postulat betreffend Umwelt- und Klimakommission
- Interpellation Grüne/SP-Fraktion betreffend Kapazitätsausbau Wankdorf („Spaghetti Teller“) - Was ist die Haltung des Gemeinderats?

10.3.72 Motionen

332. Volksmotion betreffend „sichere Schulplätze in Ostermundigen“ - kein unbefugter motorisierter Individualverkehr zu Unterrichtszeiten ; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Gemeinde Ostermundigen stellt sicher, dass die Schulhausplätze in Ostermundigen für den motorisierten Individualverkehr zu Unterrichtszeiten nicht zugänglich sind. Er erlässt ein Verbot und setzt dieses durch. Davon ausgenommen sind Personen, welche in den Schulgebäuden arbeiten (insb. Lehrpersonen) oder zur Verrichtung ihrer Arbeit zwingend Zugang auf das Schulhausareal brauchen.

Begründung

Die aktuelle Verkehrsregelung (Bild 1) ermöglicht bei gewissen Schulhäusern den Zugang mit Autos zu Unterrichtszeiten; insbesondere an den Schulen Bernstrasse und Mösli. Das führt dazu, dass Eltern mit dem Auto und den Kindern bis auf den Schulhaus- und Pausenplatz vorfahren. Der Schulhaus- und Pausenplatz wird zudem von der Bevölkerung als Parkplatz verwendet.

Diese Regelung gefährdet die Sicherheit von Schülerinnen und Schülern auf dem Schulhaus- und Pausenplatz. Sie fördert geradezu, dass Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur Schule bringen, was im dicht besiedelten Ostermundigen unnötig ist. Elterntaxis sind aus pädagogischer Sicht nicht sinnvoll, da dem Kind dadurch wertvolle Erlebnisse auf dem Schulweg verwehrt werden.

Diese Volksmotion erteilt der Gemeinde Ostermundigen den verbindlichen Auftrag, für alle Schulhäuser den Zugang des motorisierten Individualverkehrs auf die Schulhausareale (Bild 2-5) und Pausenplätze an Werktagen von 7.00 bis 17.00 Uhr zu unterbinden. Personen, welche in den Schulgebäuden arbeiten (insb. Lehrpersonen) oder zur Verrichtung ihrer Arbeit zwingend Zugang auf das Schulhausareal brauchen, ist dieser zu ermöglichen. Ausserhalb der genannten Zeiten und an Samstagen und Sonntagen können die Schulhausareale und Pausenplätze für den motorisierten Individualverkehr geöffnet werden. Die Gemeinde Ostermundigen sorgt für die Umsetzung der Massnahmen und deren Kontrolle.

Diese Massnahmen führen zu mehr Sicherheit auf den Schulhaus- und Pausenplätzen; für unsere Schülerinnen und Schüler der Gemeinde Ostermundigen!

Eingereicht am: 3. September 2020

sig. Martin Weber, Oliver Tamàs (GLP) und Mitunterzeichnende



Bild 1; Verkehrsregelung Pausenplatz Schule Bernstrasse

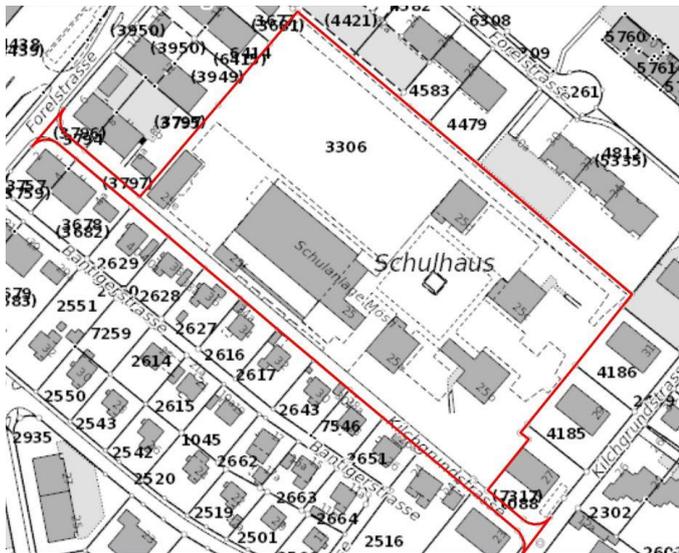


Bild 2, Schulhausareal Mörsli

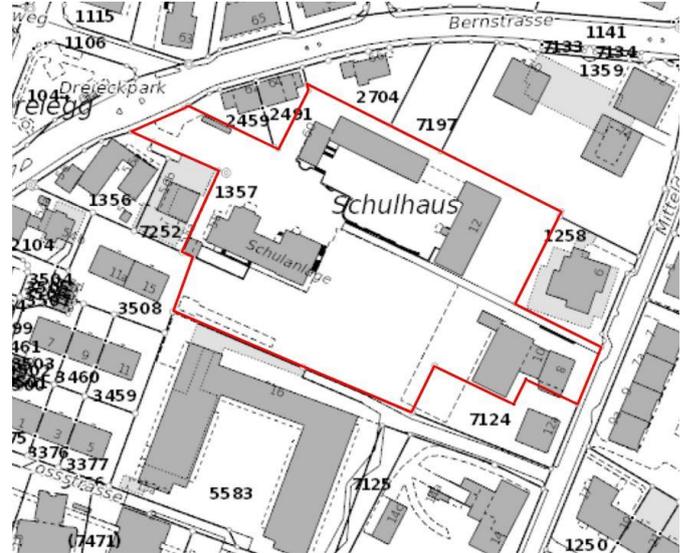


Bild 3, Schulhausareal Bernstrasse

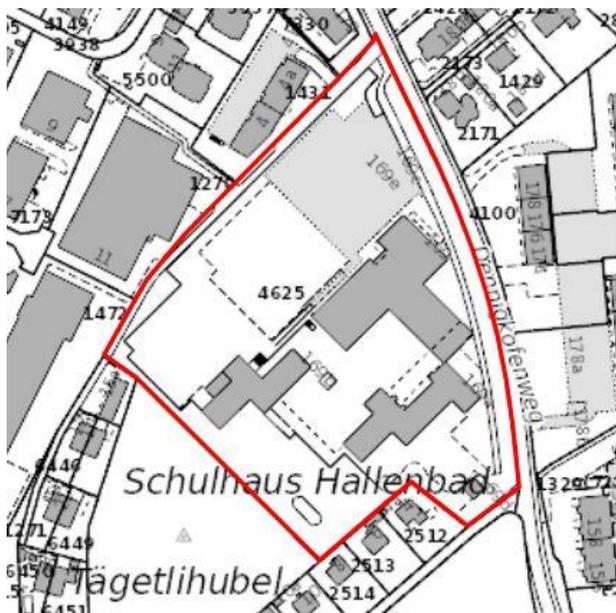


Bild 4, Schulhausareal Dennigkofen

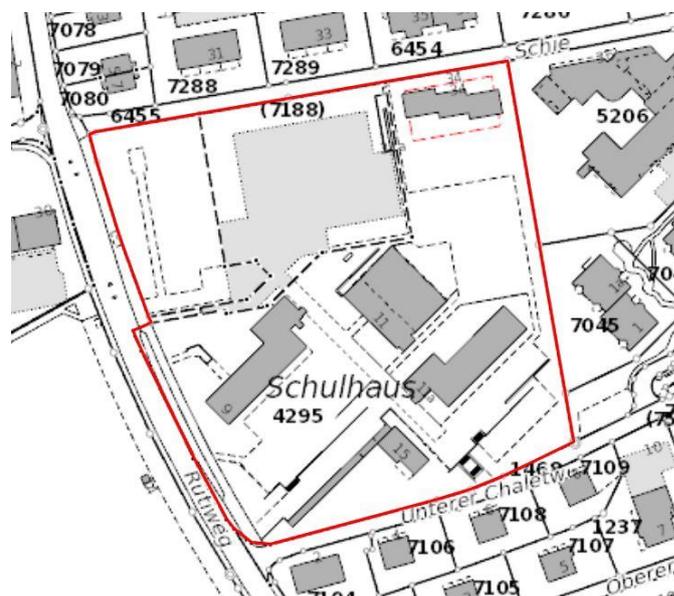


Bild 5, Schulhausareal Rüti

10.3.72 Motionen

333. Motion GLP/BDP-Fraktion betreffend Änderung des Wahl- und Abstimmungsreglements (WAR); parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, Art. 49 des Wahl- und Abstimmungsreglements vom 1. Januar 2016 mit einer Ziffer 2^{bis} wie folgt zu ergänzen:

Art. 49 Ziffer 2^{bis}

Parteien, welche in der ablaufenden Amtsdauer im Gemeindeparlament vertreten sind oder bei den letzten Gemeindewahlen mindestens 3 Prozent der Stimmen erreicht haben, sind von der Pflicht entbunden, ihre Wahlvorschläge von zehn in Gemeindeangelegenheiten Stimmberechtigten handschriftlich unterzeichnen zu lassen.

Begründung

Auf Bundesebene sind seit der Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR) im November 2015 Parteien, welche bereits im Nationalrat vertreten sind oder bei den letzten Gesamterneuerungswahlen mindestens 3 Prozent der Stimmen erreicht haben, von der Pflicht zur Einreichung von Unterschriften entbunden (Art. 24 Ziff. 3 und 4 BPR). Das Gemeindereglement soll die nationale Gesetzgebung nachvollziehen.

Eingereicht am: 17. September 2020

sig. Astrid Bärtschi

10.3.73 Postulate

334. Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Kompensation für Pensionskassen-Sanierungsbeiträge der Gemeindemitarbeitenden; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der per Anfang 2018 erfolgte Übertritt der Gemeindemitarbeitenden in die Pensionskasse PVK der Stadt Bern wird die Gemeinde Ostermundigen voraussichtlich weniger Geld kosten als beim Kreditbeschluss im September 2017 angenommen. Der Gemeinderat wird in Anbetracht dessen aufgefordert zu prüfen, wie die für die Jahre 2021 und 2022 noch anfallenden Pensionskassen-Sanierungsbeiträge der Gemeindemitarbeitenden mit anderweitigen Lohnmassnahmen wie zum Beispiel Einmalprämien kompensiert werden können. Dabei sind in erster Linie Personen mit unterdurchschnittlichen Einkommen oder mit einem Rückstand in der Lohnentwicklung im Vergleich mit anderen Gemeinden zu berücksichtigen.

Begründung

Im September 2017 sprach das Stimmvolk einen Kredit von 21,05 Mio. Franken um den Wechsel von der PVS BIO zur PVK der Stadt Bern vorzunehmen (Einkauf in Höhe Deckungsgrad der PVK, Abfederungsmassnahmen zur Deckelung der künftigen Rentenkürzung auf max. 12 %, Schliessung der verbleibenden Deckungslücke). Auch die Gemeindemitarbeitenden haben mit diesem Beschluss Sanierungsbeiträge zu tragen. Konkret bezahlen Mitarbeitende ab 50 Jahren seit 1.1. 2018 bis Ende 2022 50 Prozent der Pensionskassenbeiträge anstatt wie im Vorsorgeplan vorgesehen 40 Prozent. Sie beteiligen sich damit an der Sanierung mit jährlich 167'000 Franken, kommen im Gegenzug dafür in den Genuss von Abfederungsmassnahmen. Dank besserer Erlöse beim Verkauf von Liegenschaften und weiteren Parametern die besser waren als geplant, wird der Übertritt der Pensionskasse zur PVK der Stadt Bern die Gemeinde Ostermundigen voraussichtlich weniger kosten als im Kreditbeschluss, der dem Volk 2017 vorgelegt wurde, vorgesehen. Bei der Personalkommission der Gemeinde wurde deshalb von verschiedenster Seite Unverständnis geäussert, wieso die Mitarbeitenden nicht auch eine Entlastung erfahren.

Da die Sanierungsbeiträge per Volksbeschluss beschlossen wurden, obliegt es nicht dem Gemeinderat oder dem Grossen Gemeinderat, dies zu ändern. Die Sanierungsbeiträge sind zu leisten. Die Fraktion SP-Grüne-Gewerkschaften fordert jedoch den Gemeinderat auf zu prüfen, die im 2021 und 2022 noch zu leistenden Sanierungsbeiträge des Personals von je 167'000 Franken - oder zumindest einen Teil davon - in anderer Form (z. B. mit Einmalprämien) - bei den Lohnmassnahmen zu kompensieren. Bei den Mitarbeitenden über 50 Jahren sollen dabei Angestellte mit einem tiefen Einkommen Priorität haben. Der Personenkreis muss sich zudem nicht zwingend auf die über 50-jährigen beziehen. Ein Teil der Summe kann auch verwendet werden, um gute Arbeit von jüngeren Mitarbeitenden, welche auf Grund des stark auf dem Lebensalter basierenden Lohnsystems im Vergleich zu anderen Gemeinden lohnässig tief eingestuft sind, zu honorieren. Dies ist gerade auch im Hinblick auf die anstehenden Fusionsverhandlungen ein wichtiges Signal an das Gemeindepersonal, dass man ihre Leistungen honoriert und Sorge zum bestehenden Personal trägt.

4. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 17. September 2020

Zu den Grössenordnungen: Bei rund 200 Gemeindemitarbeitenden würden pro Kopf 800 bis 900 Fr. pro Jahr zur Verfügung stehen. Werden die Beträge gezielt für einzelne Personengruppen eingesetzt, so kann es jedoch auch ein Mehrfaches davon sein. Werden z. B. gezielt 50 Personen honoriert, so stehen pro Person 3200 bis 3600 Franken zur Verfügung.

Eingereicht am: 17. September 2020

sig. Matthias Kuert; B. Fredrich, T. Thomann, E. Selmani, S. Dähler, P. Zeyer, C. Zeyer,
R. Saibaven, A. Tanner (Grüne)

10.3.73 Postulate

335. Dringliches Postulat Adrian Tanner (Grüne) betreffend Umwelt- und Klimakommission; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, folgendes Anliegen zu prüfen: Eine Umwelt- und Klimakommission zu schaffen, die Geschäfte, und insbesondere solche, die dem GGR vorgelegt werden sollen, auf ihre ökologischen und klimarelevanten Auswirkungen prüft.

Begründung

Wenn bei Geschäften Bemerkungen zur Klimakompatibilität, zum Umweltschutz oder allgemein zur Nachhaltigkeit gemacht werden, heisst es oft, es sei zu früh oder zu spät.

Wenn ein Gremium geschaffen wird, welches sich explizit mit dieser Frage beschäftigt, nimmt dieses Risiko ab.

Eine Umwelt- und Klimakommission hilft ausserdem, den Blick zu öffnen und Bewusstsein dafür zu schaffen, dass ein Frankenpreis aufgrund externer Effekte nicht alle Faktoren abbilden kann, welche für nachhaltige Entscheidungen relevant sind.

Eingereicht am: 17. September 2020

sig: Adrian Tanner

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Gemeindeschreiberin, Barbara Steudler, hat das Parlament anlässlich der Sitzung vom 29. August 2019 über die "Dringlichkeit" von politischen Vorstössen informiert. "Dringlich" wäre sofort resp. die Beantwortung noch heute. Der Gemeinderat hat sich entschieden, die Dringlichkeit beim Postulat nicht zu erteilen. Das Postulat wird an einer der nächsten Sitzungen behandelt.

10.3.74 Interpellationen

336. Interpellation Grüne/SP-Fraktion betreffend Kapazitätsausbau Wankdorf („Spaghetti Teller“) - Was ist die Haltung des Gemeinderats?; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Gemäss einem Interview, das in der Berner Zeitung vom 5. August 2020 erschienen ist, stellt sich Gemeindepräsident Thomas Iten zusammen mit dem Stadtpräsidenten von Bern, Alec von Graffenried, und dem Gemeindepräsidenten von Ittigen, Marco Rupp, hinter die Erweiterung des Autobahnanschlusses Wankdorf, welcher mit weiteren Autobahnausbauprojekten in der Region Bern geplant ist.

Mit «O'mundo» erarbeitet die Gemeinde Ostermundigen gegenwärtig eine neue Räumliche Entwicklungsstrategie. Gemäss dem Leitsatz Nr. 5 geht es u.a. darum, «Mobilität(en) nachhaltig und ortsverträglich [zu] gestalten».

Fragen

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Sind die Äusserungen im Artikel ein persönliches Votum des Gemeindepräsidenten oder basiert dieses auf einem Entscheid des Gemeinderates?
2. Welche Ziele werden mit dem Projekt verfolgt? Gibt es vom Bundesamt für Strassen aktuelle Informationen zum Planungsstand und zum weiteren Vorgehen?
3. Ist der Kapazitätsausbau im Wankdorf im Sinne einer «nachhaltigen und ortsverträglichen» Mobilität?
4. Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass gemäss dem für unser Land verbindlichen Pariser Abkommen die Schweiz ihren CO₂-Ausstoss bei Fertigstellung des Gesamtprojektes (2040) um mehr als 50 %, wenn nicht gar um 100 % wird verringert haben müssen?
5. Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass auch elektrische Fahrzeuge trotz tieferem Energieverbrauch, Treibhausgasausstoss und Lärmbelastung die Umwelt belasten (Versiegelung durch Strassen- und Abstellraum; Batterierohstoffe und -herstellung; Pneu Abrieb...)?
6. Welche Definition des Begriffes Nachhaltigkeit verwendet der Gemeinderat?
7. Ist der Gemeinderat bereit, sich konsequent für eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs einzusetzen, zugunsten von Fussverkehr, Veloverkehr und ÖV (in dieser Prioritätenreihenfolge), und damit auch die erwähnten Autobahnprojekte zu bekämpfen? Welche Instrumente stehen ihm dafür zur Verfügung?

Eingereicht am: 17. September 2020

sig.: Adrian Tanner (Grüne), M. Kuert, J. Hangartner, C. Nova, S. Dähler, Ch. Zeyer, P. Zeyer

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsident:

Der Ratssekretär:

Hans Wipfli

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler a. i.:

Rajaratnam Saibaven

Markus Truog